Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 148. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 28. März 1878.**

Deutschland.

0. C. Landtags-Verhandlungen.

73. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 27. März).

11 Uhr. Am Ministertisch Friedenthal und Falk mit zahlreichen Commissarien, später Fürst Bismarck. Die Tribünen sind überfüllt, so daß der Verkehr der Journalistentribüne mit den Redactionen sehr erschwert ist. In der Hofloge befinden sich die Großherzoge von Baden und Weimar.

Der Abg. Hansen (Flensburg) ist gestorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Die erste Berathung des Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für das Jahr vom 1. April 1878—1879, die am Sonnabend nicht zum Abschluß gelangte, wird fortgesetzt. Zunächst giebt der Staatsminister Dr. Friedenthal folgende Erklärung ab: Ich halte mich für verpflichtet, eine in der Discussion am letzten Sonnabend berührte Angelegenheit, welche ich bedauere, in meiner damaligen Auseinandersetzung übergangen zu haben, im ersten Augenblick, wo ich dies erkenne, klarzustellen. Daß das Abgeordnetenhaus am 9. Februar seine Sitzungen unterbrach, um dem Reichstage Platz zu machen und dem Herrenhaus Zeit zu lassen zur Durchberathung der Einführung der Justizgesetze und daß demgemäß nach Beendigung der Berathung im Herrenhause das Abgeordnetenhaus seine Verhandlungen wieder aufnehmen sollte, auch während der Reichstag versammelt war, beruhte auf einer mündlichen Verständigung zwischen den Präsidenten beider Häuser des Landtages und einigen von dem Staatsministerium hierzu beauftragten Staatsministern. (Hört, hört!) Es folgt hieraus von selbst, daß diese Staatsminister vollkommen orientirt wurden über die Absichten und das Vorhaben, die Sitzungen des Abgeordnetenhauses während des Reichstages wieder aufgenommen zu sehen (Hört, hört!) und daß auch Seitens derselben ein Einverständniß hierüber constatirt werden kann. Leider war es durch ein Versehen im Februar unterlassen worden, dem damals beurlaubten Ministerpräsidenten eine Mittheilung hiervon zu machen. (Hört, hört!) Ebenso war es bei einer späteren gelegentlichen Besprechung durch die Schuld derjenigen Minister, die die Gelegenheit nicht genügend wahrnahmen, übersehen worden, dem Ministerpräsidenten den Irrthum zu nehmen, in dem er sich bewegte, daß die Absicht beiderseits vorliege, die Vertagung über die ganze Zeit des Reichstages eintreten zu lassen. Dieser Irrthum also, zu welchem der Ministerpräsident wohlbegründete Motive hatte, findet seine Erklärung in den gedachten Umständen, die rückhaltslos Ihnen vorzulegen ich für meine Pflicht hielt und ich nehme an, daß dadurch die Aeußerung des Ministerpräsidenten ihre Aufklärung gefunden haben wird. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: Wir werden für die Vorlage stimmen, wenn wir auch bedauern, daß die Umstände, unter denen sie erfolgt ist, größere Schwierigkeiten erzeugen, als in ihr selbst liegen. Darin liegt keine Schwierigkeit, daß wir augenblicklich keinen Finanzminister haben, denn als 1873 hier der Antrag Elsner v. Gronow und v. Wedell-Behlingsdorff auf Abtrennung der Domänen und Forsten vom Finanzministerium verhandelt wurde, erklärte sich der Finanzminister nur deshalb formell dagegen, weil die Staatsdomänen und Forsten den Staatsgläubigern verpfändet seien und deshalb einer besonderen Ueberwachung des Finanzministers unterliegen müßten. Eine ablehnende Haltung hat der Minister nicht eingenommen. Der neue Finanzminister wird in dieser brennenden sein Ressort betreffenden Frage sich nicht in Widerspruch mit den Anschauungen des Staatsministeriums setzen können, und wir brauchen deshalb seine Gegengründe nicht zu fürchten. Ich bedauere, daß wir und die Mitglieder des Reichstags durch die verlängerte Session des preußischen Landtages Opfer an unsern Privatinteressen bringen müssen; denn wenn auch wir in Preußen diese Opfer gern bringen, so kann doch das Zutrauen unserer süddeutschen Reichstagscollegen zu unserer Geschäftsführung und zu Preußens Rücksichtnahme auf die Reichsverhältnisse nicht erhöht werden. Die Vorlage selbst steht auf dem Boden der Verfassung und es ist nicht nothwendig, ihren Inhalt durch ein besonderes Gesetz zu reguliren, wie es der Abg. Miquel will. Es handelt sich hier lediglich um eine Umstellung der Ausgaben aus einem Etatstitel in den anderen und nach dem Oberrechnungskammergesetz kann dies wohl auf dem Wege eines Nachtragsetats erfolgen. Wir würden auch dem zu erwartenden Organisationsgesetz präjudiciren, wenn wir die vorliegende Materie auf gesetzlichem Wege regelten.

Auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten brauche ich nicht einzugehen, da für denselben wohl die Majorität gesichert ist. Ich wende mich deshalb sofort zu dem projectirten Eisenbahnministerium. Allerdings wird sich dasselbe schwerlich als eine Panacee gegen den herrschenden Nothstand erweisen, aber schon wegen der Mißwirthschaft, die mit den Differenzialtarifen getrieben wird und um die Realisirung des Reichseisenbahnprojects anzubahnen, ist es nothwendig, daß die Verwaltung des Eisenbahnwesens in eine energische, sachkundige Hand gelegt wird, die nicht durch Nebengeschäfte von ihrer großen Aufgabe abgehalten wird. Daß wir mit diesem Ministerium dem künftigen Reichseisenbahnministerium präjudiziren, ist nicht zu befürchten. Allerdings wird eine Revision verschiedener Gesetze nothwendig werden, um die Competenzen des Handelsministeriums zu reguliren, aber dies könnte leicht durch ein Nachtragsgesetz von 1 oder 2 Paragraphen geschehen. Die Abtrennung der Domänen- und Forstverwaltung vom Finanzministerium und die Uebertragung derselben auf das landwirthschaftliche Ministerium ist nothwendig. Denn nur der landwirthschaftliche Minister, dem zugleich das Domänen- und Forstwesen untersteht, wird auf dem Gebiete der Landes- und Forstkultur die nothwendigen großen reformatorischen Aufgaben vornehmen können, während der Finanzminister lediglich das fiskalische Interesse des Staats im Auge hat und bei Ausbietung der Domänenpachtungen gewissermaßen eine Liquidation eintreten läßt, bei der Competenz, die jetzt dem landwirthschaftlichen Ministerium zusteht, kann dasselbe eine segensreiche reformatorische Thätigkeit nicht entfalten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß auch unsere große Nachbarfraction sich der Vorlage gegenüber bei der Abstimmung wohlwollend verhalten wird, denn Alles, was wir seit 10 Jahren erreicht, ist ja nur in Folge der engen Verbindung zwischen der Regierung und den liberalen und gemäßigt conservativen Elementen dieses Hauses zu Stande gekommen. Auf die Erhaltung dieses Bündnisses lege ich Werth — eingedenk des Satzes, daß staatliche Gebilde nur durch die Mittel erhalten werden, durch welche sie begründet wurden.

Aus diesem Grunde habe ich es auch aufs Tiefste bedauert, daß zu dieser lange bestandenen Real-Union nicht diejenige Personal-Union getreten ist, welche die öffentliche Meinung in den letzten Monaten beschäftigte. Diese Personal-Union würde die Real-Union am besten garantirt haben. Das Dogma von der großen liberalen und conservativen Partei ist ein Aberglaube, wie Amerika und England zeigen. Beides sind nur Schattirungen derselben Partei, die sich nur bei bestimmten concreten Fragen trennen, im Grunde aber nur dasselbe Staatsinteresse vertreten. Zum Glück haben wir außerdem noch als dritten Factor ein selbstständiges Königthum, das nach seinen Traditionen weder mit einer radicalen noch mit einer reactionären Partei regieren kann, sondern sich auf eine große Mittelpartei stützen muß. Allerdings ist meine Hoffnung auf Annahme der Vorlage nur eine schwache und ich richte deshalb für den Fall der Ablehnung an die Staatsregierung die Bitte, mit der Vorlage in einer späteren, aber nicht zu fernen Zeit, wieder vor den Landtag zu treten. Ich hoffe, daß diese materiell begründete Forderung dann, wenn auch nicht einstimmig, so doch mit großer Majorität die Zustimmung dieses Hauses finden wird. (Beifall rechts.)

Fürst Bismarck tritt ein und läßt sich, während der nächste Redner zu sprechen beginnt, vom Staatsminister Friedenthal die von demselben abgegebene Erklärung in dem stenographischen Manuscript vorlegen.

Abg. Lasker: Als wir der Vorlage den Einwurf entgegensetzten, sie sei im letzten Augenblick, als wir nach Hause zu gehen vermeinten, an uns gelangt, da gab uns der Herr Reichskanzler diesen Vorwurf mit der Versicherung zurück, daß er überhaupt von dem Tagen des Landtags überrascht worden sei. Herr Minister Friedenthal hat heute allerdings erklärt, es sei das verschuldet durch ein bedauerliches Vergessen, die Thatsache dem Reichskanzler mitzutheilen. Der Herr Reichskanzler sagte aber in der vorigen Sitzung: „Ich nahm an und mit mir meine sämmtlichen Collegen im preußischen Ministerium, daß diese Haltung des Landtages so lange dauern werde, bis das Hinderniß seiner Sitzungen, nämlich die Reichstagssitzungen, aufhörten .... Ich war im Staatsministerium nicht unterrichtet; ich habe meine Herren Collegen darnach gefragt, ob einer von ihnen amtlich davon unterrichtet war, und sie haben mir das verneint." Darüber werden wir wohl noch Aufklärung erhalten. Wenn die Verständigung über eine so bedeutende Thatsache, wie das Zusammentreten der Landesvertretung ist, aufhört, so wird dadurch der Samen zu Mißverständnissen und Zwietracht ausgestreut, deren Einfluß die menschliche Natur sich nur schwer entziehen kann. Aber alle diese Momente dürfen und werden unserer sachlichen Prüfung der Vorlage und des Grades ihrer Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit keinen Entrag thun. Vor Allem ist zu beachten, ob nicht Momente heute übersehen werden können, die erst später gegen die Vorlage vorgebracht werden und der Schaden erst sichtbar wird, nachdem wir ihn angestiftet haben.

Meine politischen Freunde und ich sind in der That mit objectiver Ruhe an die Vorlage herangetreten. Für ihre äußere Behandlung wäre eine Ablehnung von vornherein für uns viel einfacher gewesen. Denn Gegner wie eigene Freunde haben daraus, daß wir einen Theil der Vorlage bewilligen wollen, geschlossen, daß wir selbst das Argument der unrechtzeitigen Einbringung der Vorlage zu unserem Nachtheil abschwächen. Diesen Nachtheil nehmen wir in den Kauf.

Was nun zunächst die neu zu schaffende Stelle eines Ministers ohne Portefeuille betrifft, der den Fürsten Bismarck in seiner doppelten Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident und Reichskanzler vertreten soll, so könnte man wohl fragen, ob es ein Vortheil für das Ministerium ist, die Minister ohne Portefeuille zu häufen, ob für die letzteren selbst die mangelnde Ausstattung zuträglich ist und ob es nicht bedenklich ist, das Stimmverhältniß zwischen Ressort- und Nichtressortministern zu verrücken. Aber bereits im Reichstage wußte man, daß der Reichskanzler seinen zuerst ausgesprochenen Gedanken, daß der Finanzminister der berufene Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums und zugleich der Stellvertreter des Reichskanzlers sei, verlassen und unter gegebenen Umständen die Vertretung durch einen Minister ohne Portefeuille für rathsam erachtet habe. Ich verzichte auf jede Kritik derjenigen Form, welche der Reichskanzler für seine Vertretung in Preußen und im Reich für zuträglich erachtet, auch auf etwaige bessere Gründe, die mit der ersten Ansicht des Kanzlers übereinstimmen, weil ich dem Stellvertretungsgesetz nicht die Mittel seiner Durchführung entziehen will. Auch ziemt es, die Handlungen neu zu berufender Männer abzuwarten, nicht blos aus Courtoisie, sondern weil die Geschichte lehrt, daß die Männer im Amt oft ganz andere Pläne und Ideen zur Ausführung bringen, als denen sie bei ihrem Eintritt zu dienen vorhatten.

Anders verhält es sich mit den beiden anderen Vorschlägen, welche die höchste Verwaltung und die Zusammensetzung des Ministeriums berühren. Das Ministerium ist ein Collegium, in das die Minister mit und ohne Portefeuille gleichberechtigt eintreten; außerdem ist es höchste Verwaltungs-Instanz und als solche denselben Regeln und Nothwendigkeiten der Stetigkeit und der festen Grundsätze unterworfen, wie die ganze Beamtenhierarchie. Durch fortschreitende politische Wandlungen in den Ministerien kann die materielle Verwaltung des Staates leicht mit in das Schwanken und in die Unsicherheit gezogen werden. Vor Allem dürfen die Organisations-Eintheilungen nicht zum Hilfsmittel der persönlichen Zusammensetzung des Ministeriums gemacht werden, sondern wir müssen untersuchen, ob das Staats-Interesse die Trennung überhaupt und ob es sie jetzt fordert. Würde nachgewiesen, daß jede Verzögerung dieses Beschlusses dem Staat Unheil oder Gefahr brächte, so müßten wir trotz aller Mißstimmung darüber, daß wir so spät mit dieser Frage befaßt werden, uns dennoch entschließen, für den Vorschlag zu stimmen. Aber keines von beiden ist nachgewiesen. Und wenn es gelingen sollte, die Volksvertretung bis zu diesem Grade der Willigkeit abzurichten (Heiterkeit) oder einzurichten (Heiterkeit), daß sie aus einer in ihrem Schooß als zweifelhaft bezeichneten Angelegenheit eine Sache der Ueberzeugung macht, sobald sie von einer großen und gewaltigen Autorität kommt, der man Vieles zu glauben und weithin zu folgen geneigt ist, — dann wird das Ansehen der Volksvertretung geschwächt, ihre Mitwirkung hört auf, nützlich zu sein und der Constitutionalismus wird zum Verderben und zu einem Unglück. Bei der nicht eben tief eingehenden Verhandlung im Jahre 1873 über die Trennung der Domänen und Forsten vom Finanzministerium und die Verbindung dieser Verwaltungen mit dem landwirthschaftlichen Ministerium stimmten die liberalen Parteien und die Freiconservativen geschlossen gegen diese Abzweigung, die Conservativen und das Centrum dafür. Jetzt muthet man den liberalen Parteien zu, in aller Eile die entgegengesetzte Entscheidung zu geben.

Der Antrag vom Jahre 1873 wurde damals durchaus nicht etwa als ein Mißtrauensvotum gegen den Minister Camphausen betrachtet, sondern ich habe damals dagegen gestimmt einfach deshalb, weil ich damals nicht im Sinne des Antrages informirt war. Ich lehne auch heute die Vorlage nicht ab, weil ich sie nicht für zweckmäßig halte; ich habe eine materielle Prüfung noch gar nicht eintreten lassen können. Die Frage liegt so einfach nicht. Diejenigen, welche heute die Vorlage befürworten, Graf Bethusy-Huc, Fürst Bismarck und auch der Minister Friedenthal, haben in dieser Beziehung gegen früher ihre Meinung geändert. Ich verdenke ihnen das nicht, es ist geschehen auf Grund besserer Informationen, aber diese sind auch für uns nothwendig. Einige meiner Freunde halten sich bereits genügend über die Rathsamkeit dieser Maßregel informirt und diese werden für dieselbe stimmen, aber man kann denen, welche diese Einsicht noch nicht gewonnen haben, nicht vorwerfen, daß sie mit der Verweisung nur politische Opposition oder gar politische Nörgelei machen wollen. Minister Friedenthal hat selbst zugegeben, daß selbst nach der Abtrennung der Domainen und Forsten vom Finanzministerium große Aenderungen in den Prinzipien der Verwaltung nicht stattfinden würden, eine große Dringlichkeit ist also aus diesem Grunde nicht nöthig. Diesen Standpunkt hat der Abg. Miquél neulich trotz seiner vielleicht warmen sachlichen Befürwortung der Maßregel richtig präcisirt. Die Vorlage ist auch, wie mir von einem Sachkenner aus dem Hause versichert wurde, so eilig ausgearbeitet, daß selbst die calculatorischen Bestimmungen vor ihrer Aufnahme in den Etat einer Verbesserung bedürfen. Der Grund, welchen man für die Abzweigung der Forsten und Domainen vorgebracht hat, der Landwirthschaftsminister werde bei der Bewirthschaftung derselben mehr das landwirtschaftliche Interesse berücksichtigen, ist äußerst bedenklich, und zu meiner Freude hat der Minister Friedenthal eine entgegengesetzte Erklärung abgegeben.

Den weiteren Grund, den die Freunde dieser Maßregel vorbringen, sie wollten gerade aus dieser politischen Constellation für die Realisirung ihres Lieblingsplanes Nutzen ziehen, kann ich ebenfalls nicht gelten lassen. Die Regierung wird zu gelegenerer Zeit diese Frage abermals zur Discussion stellen, im anderen Falle ist das durch die Initiative des Hauses möglich. Wenn das Haus diesen Theil der Vorlage ablehnt, so will es damit nur sagen — wie dies bei mir der Fall ist — daß ihm diese Frage noch nicht klar genug geworden ist. Anders verhält es sich mit dem dritten Vorschlage, welcher die Bildung eines neuen Eisenbahnministeriums herbeiführen will. Hier verdichtet sich die rein ressortmäßige Frage zu solcher Bedeutung, daß sie politischen Inhalt gewinnt, und hier sind alle Momente der Erwägung, sowohl die gesetzgeberischen, wie die staatsrechtlichen, die wirthschaftlichen und die politischen gegen die Regierungsvorlage. Es ist dies das erste Mal, seitdem wir eine Verfassung haben, wo wir ein neues Ressortministerium schaffen sollen; es ist also nicht richtig, wenn man sich hierbei auf Präcedenzfälle beruft. Es müßte auch gesetzlich bestimmt werden, in welcher Weise und in welchem Umfange die Consequenzen auf das neue Eisenbahnministerium übertragen werden sollen. Dazu bedarf es eines eingehenden staatsrechtlichen Studiums über unsere Organisations-Verhältnisse und über die Intentionen des Gesetzgebers bei der 1838 erfolgten Errichtung des Handels-Ministeriums. Dies ist aber nur in einer commissarischen Berathung möglich. Diese juristischen Fragen müssen zwar beobachtet werden, aber sie lassen sich innerhalb einer gewissen Zeit beseitigen. Aber wie steht es mit der wirthschaftlichen Frage? Können wir neue Organisationen hier schaffen, ohne unsere alten Forderungen bei der Eisenbahnverwaltung, namentlich die Trennung der staatlichen Aufsichts- und Hoheitsrechte von der Verwaltung dabei zu berücksichtigen. Durch die Beschränkung der Functionen des zuständigen Ministers wird diese Vereinigung noch viel bedenklicher. Wir können jetzt also nicht eine Organisation bewilligen, von der wir wissen, daß sie an sich unzulässig ist, alle Fehler der jetzigen Organisation mit nimmt und vielleicht einige neue noch hinzubringt.

Außerdem müßte bei dieser Gelegenheit die künftige Eisenbahnpolitik sachgemäß behandelt werden. Ist nicht Gefahr vorhanden, daß nach der Abtrennung der Eisenbahnen das Handelsministerium leicht ausarte in ein Wolkenkukuksheim? Es fragt sich, ob das beim Handelsministerium verbleibende Bauwesen demselben genügenden Inhalt giebt. Ich lehne also diesen Punkt ab, weil ich dem Versuche entgegen treten will, aus irgend welchen Gründen große Veränderungen ohne vorherige gehörige Discussion derselben vorzunehmen. Die Vorlage kommt an uns in der Form des Nachtragsetats; diese ist äußerst bedenklich und war bisher bei uns nicht üblich. Dadurch wird dem Herrenhause ein Amendirungsrecht einzelner Etatspositionen gegeben, welches ihm sonst verfassungsmäßig nicht zusteht. Ich bestehe auf dieses unser formelles Recht nicht, wenn es sich um wirklich dringliche Dinge handelt. Sonst halte ich aber das Institut der Nachtragsetats für ein Unheil. Für dringlich halten wir das Gehalt des Vicepräsidenten, dagegen nicht die beiden anderen Punkte der Vorlage. Die Dringlichkeit dieser Vorlage wird nun mit dem augenblicklichen Fehlen eines Finanzministers, der Widerstand leisten könnte, motivirt. Wenn ich von dem unbesetzten Platz des Handelsministers schließen darf, bereitet sich hier auch eine Krisis vor. Vielleicht will man deshalb gerade jetzt das Eisenbahnministerium abtrennen, ehe der neue Handelsminister eintritt. (Heiterkeit.) Für uns ist aber die Abwesenheit der technischen Ressortminister ein wesentliches Hinderniß. Der Augenblick, wo die Hälfte der Ressortminister nicht in activer Function ist, ist nicht zu solchen tiefgreifenden Organisationsänderungen geeignet. In dem demnächstigen Beamtenorganisationsgesetze müssen auch — wie dies zum Theil bereits in dem Competenzgesetze geschehen ist — Bestimmungen über die Ministerien als höchste Verwaltungsinstanzen getroffen werden. Vor der systematischen Behandlung dieser Angelegenheit, welche im Anfang der nächsten Session erfolgen muß, können wir also die Regierungsvorschläge nicht acceptiren.

Der Abg. Graf Bethusy-Huc hat einen Appell an uns gerichtet, daß unsere bisherige Verbindung auch dieses Mal nicht ausbleiben möge. Wir werden unseren Grundsätzen getreu jede Vorlage objectiv und ohne alle persönliche Rücksicht prüfen und ihnen zustimmen, sobald wir es mit dem Interesse des Landes vereinigen zu können glauben. Man hat witzweise die Frage aufgeworfen, ob unsere Stellung zu der Vorlage dieselbe wäre, wenn das sich vollzogen hätte, was der Abg. Graf Bethusy-Huc so hübsch Personalunion genannt hat. Ich bin der Meinung, daß in diesem Falle die Vorlage gar nicht in der jetzigen Form an das Abgeordnetenhaus gelangt wäre, ich meine jetzt, in dieser Lage, weil diese Zumuthung dann nicht gestellt worden wäre. Wäre sie aber in derselben Weise an uns gekommen, so kann ich für meine Person wenigstens sagen, meine Stellung zur Sache wäre auch nicht im Mindesten verändert. Wenn ein bedeutender Staatsmann mit ungewöhnlicher Genialität Blitzesgedanken hier und da zur Verwirklichung zu bringen weiß, so ist dies ein Segen für das Land. Aber wie alle Vortheile mit Nachtheilen verbunden sind, so ist auch dieses Geschenk nicht umsonst gegeben. Es liegt in der Natur des Genies eine gewisse Ungeduld, das, was es als nothwendig erkannt hat, sofort realisirt zu sehen. Aber eine Volksversammlung mit einer so großen Anzahl von Mitgliedern, welche doch nach eigener Ueberzeugung stimmen müssen, kann sich nicht auch von dieser Genialität gewissermaßen anstecken lassen, um eben so schnell die zu realisirenden Dinge zu realisiren. Dies mag ein Nachtheil des parlamentarischen Wesens sein, aber wir müssen bei uns auf den Durchschnitt der besten Bürger rechnen. Das Parlament muß sich vorsehen, daß es nicht in die Gefahr kommt, heute für gut zu befinden, was es in der nächsten Zeit für schlecht befindet. Selbst dem Fürsten Bismarck hat es sich ereignet, daß er diejenigen Organisationspläne, welche er für die richtigen gehalten, nach kurzer Zeit zu verändern für gut befunden hat. Aber wir, der Durchschnittsmensch, dürfen nicht darauf rechnen, daß die gleiche Nachsicht, wie ihm, uns zu Theil wird, wenn wir heute ganz schnell für das eine stimmen und nach wenigen Tagen für das Entgegengesetzte. (Rufe: Vor acht Tagen! Heiterkeit.)

Wozu diese Zwischenrufe in persönlich verletzender Form? Wir sind doch nicht hier, um uns wechselseitig so zu behandeln, wie es kein Gentleman in Privatgesellschaft thut. (Sehr gut! links.) Es wurde mir zugerufen: Vor 8 Tagen! d. h. bei Gelegenheit des Justizgesetzes, wo wir für einige Punkte anders gestimmt haben, als einige Zeit vorher. Damals handelte es sich um ein großes Gesetz, dessen Zustandekommen wir für unbedingt nothwendig hielten und bei dem uns thatsächlich entgegentritt, daß ein anderer Factor es zu Falle bringt, wenn nicht bestimmte Punkte concedirt werden. Wir sind tagtäglich in der Lage, bei bestimmten Punkten unsere Einzelansicht aufgeben zu müssen, um ein großes Gesetz, welches dem Lande unentbehrlich ist, zu Stande zu bringen. Aber liegt denn dieser Fall hier vor? Wir haben hier eine Frage der Organisation, über die wir uns in wenigen Tagen entscheiden sollen; und wenn wir vielleicht nach sechs oder acht Wochen oder nach einem halben Jahre zusammenkommen, so kann die Ansicht der Regierung gewechselt haben über das, was nun rathsam ist in der Organisation, und man erklärt: wir haben uns im vorigen Jahre geirrt; deshalb glaube ich, kein persönlich ärgerliches Moment in die Debatte hineinzutragen, wenn wir erklären: sind die vorgeschlagenen Organisationen gut, werden noch Mittel nothwendig sein, um diese Organisationen ganz und voll und nicht theilweise durchzuführen, so werden wir dazu dann im Stande sein, wenn die Zeit für die Verhandlungen sein wird, in denen uns der Reichskanzler in voller Unbefangenheit gegenüber der Vorlage finden wird. Aber wir können nicht im letzten Augenblicke des Auseinandergehens, gedrängt von den Verhandlungen des Reichstages, ohne uns von der Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Veränderung überzeugt zu haben, diese Veränderungen zugeben, in einer Zeit, in welcher anerkanntermaßen das Ministerium auch in vollständiger Umwandlung begriffen ist. Wir können nur das Eine antworten, was meiner Ueberzeugung nach ohne reifliche Erwägung der Sache selbst geantwortet werden kann: non liquet. Wir sind nicht im Stande, zur Zeit die Sache anzunehmen und lehnen sie deshalb ab. (Beifall.)

Staatsminister Friedenthal: Ich muß den von mir schon berührten Punkt nochmals besprechen, weil der Herr Abg. Lasker nicht die Güte gehabt hat, meinen Ausführungen genau zu folgen. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß eine Benachrichtigung des beurlaubten Herrn Reichskanzlers über die mit den Präsidenten beider Häuser des Landtages getroffenen Verabredungen unterblieben ist und daß auch bei einer späteren gelegentlichen Besprechung durch die Schuld der Berufenen der Irrthum des Reichskanzlers nicht aufgeklärt worden ist. Die Klarheit der Sache ist so auf der Hand liegend, daß nur Jemand, der die Sache breit treten will, daran weitere Auseinandersetzungen knüpfen kann. Die Abstimmung, welche über die Lostrennung der Forsten und Domänen im Jahre 1873 stattgefunden hat, hatte keinen entscheidenden Charakter. Damals wurde der Antrag eingebracht ohne Verständigung mit der Regierung, er wurde ohne weitere Motivirung aus den verschiedenartigsten Beweggründen abgelehnt nach einer oberflächlichen Debatte; und selbst die, welche sich negativ verhielten, waren zum großen Theil keine Gegner der Maßregel. Eine solche Abstimmung kann man nach einer Reihe von Jahren nicht mehr gegen Jemand ins Feld führen. Der Abg. Lasker meinte dann, das Handelsministerium würde nach Abtrennung der Eisenbahnen ein schwaches Ministerium sein, während ich doch selbst es für das landwirthschaftliche Ministerium beklagt hätte, daß sein Ressort so unbedeutend sei. Handel, Gewerbe und Bauwesen, sowie die ganze Bergwerksverwaltung bleiben dem Handelsministerium, und besonders die öffentlichen Bauten, ebenso die Bergwerksverwaltung, haben ein so zahlreiches technisches Personal, daß von nicht ausreichender Beschäftigung eines Ministers kaum die Rede sein kann.

Was meine Meinungsänderung angeht, so kann ich dem Abg. Lasker nur erwidern, daß ich ihn bei einem weiteren Eingehen auf die concreten Verhältnisse, wozu er ja auch geneigt ist, eines Besseren belehren könnte; jedenfalls ist dieser Umstand kein Grund, die Vorlage abzulehnen. Ein

Hauptgrund, die Sache schnell zu machen, ist das Fehlen des Finanzministers, denn ein neuer Finanzminister würde doch nothwendig die Verpflichtung fühlen, für diese wichtigen und wesentlichen Theile der Verwaltung gewisse leitende Maximen aufzustellen. Können Sie nun von einem Finanzminister verlangen, daß er in dem Gefühle, daß ein großer Theil seines Ressorts in der Abtrennung begriffen ist, sich mit der nöthigen Pflichterfüllung diesen Angelegenheiten widmet? Damit würde ein Interimisticum, ein Interregnum, ein Mangel an Initiative eintreten, der für die Administration großer Vermögensobjecte erhebliche Nachtheile mit sich führt. Die Uebertragung der Forsten und Domänen an das landwirthschaftliche Ministerium bietet wesentliche Vortheile. Daß ich es besser machen würde, habe ich nicht gesagt, aber wenn der Finanzminister der Träger anderer großer Aufgaben des Staates ist, so ist der landwirthschaftliche Minister der charakteristische Träger der Landesculturaufgaben. Wenn Sie die Maßregel annehmen, so werden Sie damit dem Wunsche des Landes entsprechen.

Fürst von Bismarck: Ich habe nicht geglaubt, daß ich mich dem Abg. Lasker gegenüber betreffs meiner bona fides zu vertheidigen haben würde, mit der ich in der vorigen Sitzung versichert habe, daß ich bis zu einem gewissen Zeitpunkt überzeugt gewesen wäre, der Landtag würde während der Reichstagssession nicht zusammenkommen, sondern erst nach Ostern. Der Minister Friedenthal hat mir in dankenswerther Weise sein Zeugniß dafür ausgestellt, daß ich mich wirklich bona fide in der Ueberzeugung befunden habe und habe befinden können. Zur Begründung dieser Ueberzeugung haben wesentlich die Reden des Abg. Lasker im Februar beigetragen, denn es ist eine Eigenthümlichkeit vielleicht nur der Zeitungen, die ich halte, daß sie nur die Reden meines Nachbars (Lasker) mit einer gewissen Ausführlichkeit giebt, und daß die Wirkung, die sie haben, nicht immer ersichtlich ist aus den Auszügen, die für Denjenigen, der nicht Zeit hat, die stenographischen Berichte zu lesen, allein maßgebend sind. Ich hatte damals, als ich mich in Urlaub befand, gerade in den Zeitungen die Reden des Abg. Lasker gelesen, von denen ich glaubte, daß sie, wie gewöhnlich, maßgebend sein würden und sich durch die Majorität in seiner Ueberzeugung gedeckt finden würde. Ich entsinne mich noch ganz genau, daß er berechnete, wieviel die Vertagung kosten würde, wenn der Landtag inzwischen nicht geschlossen würde, es war, glaube ich, eine halbe Million Mark, und daß ich damals ausrechnete, daß das ungefähr den von mir angenommenen Betrag der Diäten auf 84 Tage decken würde und daß, vom 6./7. Februar an gerechnet, diese 84 Tage Ende April ungefähr ablaufen würden. (Heiterkeit.) Außerdem war in den Reden des Abg. Lasker ausdrücklich dreimal von einer unmittelbaren Nachsession nach Ostern die Rede und der Herr Abgeordnete wird es mir am wenigsten vorwerfen, wenn ich mich daran gewöhnt habe, seinen Einfluß zu überschätzen (Heiterkeit) und nicht von vornherein geglaubt habe, daß er in diesem Falle gerade nicht durchgedrungen ist.

Ich bin in der Ueberzeugung hierher gekommen, daß die Sitzungen des Reichstages nicht unterbrochen werden dürften durch die Landtagssitzungen, sondern daß dieselben Rücksichten, welche den Landtag veranlaßten, seine Sitzungen zu schließen auf die Gefahr hin, wesentliche Gesetze nicht zu Stande kommen zu lassen, ihn auch abhalten würden, während der Sitzungen des Reichstages die seinigen wieder eintreten zu lassen. Wenn zwischen mir und meinen Collegen Verhandlungen darüber nicht stattgefunden haben, so erklären sich die Meinungsverschiedenheiten leicht dadurch, daß ich allein derjenige bin, der die Interessen des Reichs vertritt, und ich würde, wenn ich ausdrücklich gefragt worden wäre, als Reichskanzler nie dem Gedanken zugestimmt haben, daß gerade Preußen das Beispiel gebe, Landtagssitzungen während des Reichstags zu halten. Ich bin nicht gefragt worden, und ich weiß nicht aus welchen Gründen. Der Abg. Lasker hat dann Bezug genommen auf die Frage, die ich im Staatsministerium gestellt habe und auf meine neuliche Aeußerung darüber, um nachzuweisen, daß doch irgendwie etwas Unklares obwalte, daß irgendwo der Wahrheit zu nahe getreten sein müsse. Ich muß nun auf das Bestimmteste in Abrede stellen, wenn dann der Abg. Lasker sagte: es müsse also doch eine Verhandlung im Ministerium darüber stattgefunden haben. Das war nicht der Fall. Es war bei Gelegenheit einer Verhandlung über die jetzige Personalfrage im Ministerium, die bei Gelegenheit einer Sitzung des Reichstages stattfand, wo ich gewissermaßen in Parenthese mitten zwischen anderen Fragen diese Frage stellte, und wo es leicht möglich ist, daß bei der Kürze und bei der abrupten Art, in der ich die Frage stellte, die anwesenden Herren Minister mich falsch verstanden und theils verneinend, theils schweigend antworteten, um so möglicher, als einer der beiden Minister, die wahrscheinlich mit einzelnen Abgeordneten und Mitgliedern des Herrenhauses die Sache besprochen haben mögen, der Minister Camphausen, in jener Sitzung schon nicht mehr zugegen war.

Mißverständnisse kommen ja vor, ich glaube, Irrthümern sind wir ja alle unterworfen und auch mein Nachbar, so sehr ich die Lucidität seines Urtheils anerkenne, wird oft mit mir in die Lage kommen, daß er etwas nicht gewußt hat, was er vielleicht in seiner Stellung als Abgeordneter bei etwas größerer Anstrengung hätte wissen können. Ich möchte bitten, solche menschlichen Vorkommnisse doch gegenseitig mit etwas mehr Nachsicht zu behandeln, als es hier der Fall gewesen ist. Ich will auf die Thatsache nicht weiter zurückkommen, sondern nur wiederholt versichern, daß ich bona fide geglaubt habe, es würde erst nach Ostern der Landtag wieder zusammenkommen, und daß ich, wenn ich es anders gewußt hätte, — und namentlich darauf halte ich, das den übrigen deutschen Staaten gegenüber zu constatiren — als Reichskanzler dieser Einrichtung widersprochen haben würde. Die Frage, warum wir uns nicht früher über diese Dinge schlüssig gemacht haben, will ich mit wenig Worten berühren. Einmal bin ich, der ich sie hauptsächlich betrieben habe, in einem Zustande von Krankheit hierher gekommen, der mir nur wenig Arbeitsstunden täglich, und namentlich sehr wenig Verkehr mit meinen Collegen gestattete; trotzdem werde ich stets als ein kerngesunder Mensch behandelt. Ich hatte gemeint, daß die Ueberzeugung, welche ich seit 15 Jahren habe, von den meisten wohlgesinnten Menschen mit mir getheilt würde, daß sie wie eine reife Frucht am Baume hängt und nur abgeschüttelt zu werden braucht. Ich habe mich darin also geirrt, aber ich glaube, es liegt doch auf der Hand, daß diese Vorlage erst dann im Staats-Ministerium zum Abschluß gebracht werden und Ihnen zugehen konnte, nachdem im Reichstage das Gesetz über die Stellvertretung zum Abschuß gebracht worden war; wenn diese Vorlage im Bundesrathe nicht acceptirt worden wäre, so wäre zu einer Verhandlung dieser Art kein Anlaß gewesen, wir hätten uns wie bisher in der Stellvertretung des Reichskanzlers begnügen müssen.

Was die Uebertragung der Forsten und Domänen betrifft, so gestehe ich ganz offen, daß ich bei der mir bekannten Abneigung des früheren Finanzministers gegen diese Abtrennung, so lange er Minister war, und bei dem hohen Werthe, den ich darauf legte, mit ihm zusammenzuarbeiten, den Versuch nicht erneuert habe, ihm gegenüber diese Sache durchzubringen; hätte er auf seiner Weigerung bestanden, so wäre es zu einer Krisis zwischen uns gekommen, die ich nicht suchte, indem ich Werth darauf legte, mit einem so erfahrenen und in seinem Fache so bedeutenden Collegen weiter zu arbeiten, so lange sachliche Motive uns nicht trennten. Der Abg. Virchow hat sich über unser collegiales Verhältniß dahin geäußert, als wenn ich aus Unverträglichkeit dahin wirkte, alle Minister nacheinander abzuwirthschaften und nachher noch mit einem gewissen Hohn von ihnen zu sprechen, das ist eine vollständig unrichtige Auffassung. Ich habe eben angeführt, daß ich meine persönlichen Wünsche so lange habe zurücktreten lassen, bis der Moment gekommen war, wo ich seinen Widerstand nicht mehr zu fürchten brauchte. Es hat mich angenehm berührt, daß sich der Abg. Virchow in der Strenge seines Urtheils und in der Gegnerschaft seiner Haltung in Bezug auf den Minister sofort mindert, wenn sie nicht mehr Minister sind; ich hoffe, daß er auch mich, wenn ich nicht mehr Minister bin, günstiger beurtheilen wird, als in der Vergangenheit. (Heiterkeit.) Seine Anhänglichkeit an den früheren Bestand des Ministeriums giebt mir die Hoffnung dazu, wenn ich mich seiner Kämpfe mit den Ministern Eulenburg und Camphausen erinnere. Ich will einige Punkte berühren, die der Abg. Lasker in seiner Rede vorgebracht hat. Er sagte, ich hätte behauptet, nur der Finanzminister könne der Stellvertreter des Kanzlers sein; mit dieser Bestimmtheit habe ich das nicht gesagt; ich habe ihn nur als den natürlichsten Vertreter bezeichnet, ich bin aber dabei der Meinung gewesen, daß bei dem großen Umfang der Geschäfte des Finanzministers an sich, besonders wenn er eine Einwirkung auf die Reichsfinanzen ausüben soll, wie sie in Aussicht genommen, und wenn diese Arbeit noch gesteigert wird durch die Stellvertretung des Ministerpräsidenten — es nicht möglich sein würde, allgemein einen solchen Satz aufzustellen.

Es nützt der Sache nichts, mir solche Widersprüche nachzuweisen, das ändert in der Sache nichts; der Minister ist doch auch nur ein Mensch, der, wie jeder andere, die größten Albernheiten reden kann, wenn er nicht in guter Stimmung oder bei klarem Urtheil ist. Es heißt immer, der Ministerpräsident hat gesagt u. s. w.; damit geben wir der Sache, ich möchte sagen, eine persönliche Tournüre und verlieren unsere Zeit damit. In Bezug auf die Dringlichkeit der scheinbar gleichgiltigen Uebertragung der Forsten auf das landwirthschaftliche Ministerium, war für mich der Gesichtspunkt maßgebend, daß dem Finanzminister mehr Zeit geschaffen werden mußte; wenn er ein gewissenhafter Mann ist, kann er sich in die Forstsachen nicht so hineinarbeiten, wie sein Gefühl der Verantwortlichkeit es verlangt, ohne dabei seine übrigen Geschäfte in den Hintergrund treten zu lassen, namentlich die Geschäfte der Gesetzgebung, und ich habe das Gefühl, daß wir auf dem Gebiete der Finanzgesetzgebung seit mindestens 12 Jahren durch die Ueberbürdung des Ministeriums zurückgeblieben sind. Auf dem Gebiete der Finanz-, Zoll- und Steuergesetzgebung haben wir noch vieles nachzuholen, um auf das Niveau anderer Culturstaaten, wie England, Frankreich, Oesterreich und auch Rußland zu gelangen, die uns in dieser Beziehung übertreffen. (Sehr richtig!) Der Abg. Lasker hat uns die Flüchtigkeit der Calculatur vorgeworfen. Sie wollen darin nur unseren Eifer erkennen, Sie nicht lange zu belästigen und Ihnen möglichst schnell dasjenige zu liefern, was wir für nothwendig hielten. Ich stand vor der Wahl, mit der Vorlage bis zu dem Zeitpunkte zu warten, an dem, wie ich glaubte, Ihre Sitzungen von Neuem aufgenommen wurden, also nach Ostern, oder gleich eine schleunige Vorlage einzubringen. Wenn ich das zweite gewählt, so ist das vielleicht ein Fehler gewesen. Ich wollte Sie aber nicht lange belästigen, und ich nahm thörichter Weise an, daß wir alle über die vorliegenden Punkte einig wären. Ich bitte Sie um Verzeihung, wenn ich aus Gutmüthigkeit dieses Verfahren eingeschlagen habe; es soll nicht wieder vorkommen. (Große Heiterkeit.)

Es handelte sich eben darum, mehr als 400 vielbeschäftigte Männer nicht unnöthig aufzuhalten. Die Schöpfung eines Eisenbahnministeriums schien mir ferner sehr dringlich. Wir haben nicht eine ausgedehnte Aenderung aller über diese Angelegenheiten bestehenden Gesetze in Anspruch genommen, sondern das Bedürfniß war hauptsächlich aus andern Motiven entsprungen. Es sollte ein sachkundiger Mann, der direct die Verantwortung für den Eisenbahnbetrieb, für die Aufsicht und Leitung desselben übernehmen konnte, damit betraut werden; die Gesetze können gerade so bestehen, wie sie bisher bestanden haben. Wenn der Ausdruck „Handelsminister" maßgebend und entscheidend sein soll, so mag der bisherige Handelsminister diese Functionen fortsetzen; es ist ja von einigen Herren gesagt worden, daß es nützlicher wäre, die gesetzlichen Attribute dem Handelminister zu belassen. Für mich existirt nur das Bedürfniß, den Staatsbetrieb so schnell als möglich zu reformiren, und ich bin zu der Ueberzeugung, daß diese Reformen dringlich sind, besonders durch die Beschwerden anderer Verwaltungszweige gekommen. Es sind dies eigentlich Beschwerden der kaiserlichen Post- und Telegraphen-Verwaltung, die darüber in einem dicken Heft in vielen Nummern klagt, daß sie wegen mangelhafter Berücksichtigung der Postinteressen beim jetzigen preußischen Handelsministerium als Aufsichtsbehörde Gehör nicht finde und dauernd nicht finde, daß sie Entscheidungen über ganz nothwendige Dinge nicht erlangen könne. Es kommen da Klagen vor, daß beispielsweise die Züge, von welchen der Postbetrieb abhängig ist, ohne vorgängige Benachrichtigung der Post plötzlich abgeändert werden, obschon gesetzlich feststehe, daß die Züge unter Mitwirkung der Postverwaltung — damals, wie sie noch preußisch war — geregelt werden sollten. Seit die Post Reichsinstitut geworden ist, hat man geglaubt, sich der Rücksichtnahme auf diese ausländische Institution (Heiterkeit) entschlagen zu können. Der Postlauf ist dadurch, durch die plötzliche Aenderung der Züge auf den Staatsbahnen, wesentlich in Unordnung gekommen. Man hat sich beklagt, und thut es noch, daß man sich weigere, die Post auf den Schnellzügen mitzunehmen, und vertröstet sie auf langsamere Züge. Bei Unglücksfällen bleiben die Postwagen liegen, während die Personenwagen weiterfahren.

Bei einem Unglück zur See ist bekanntlich jeder Capitän zunächst beflissen, die Post zu retten. Es haben lange Verhandlungen darüber bestanden und ich habe mit militärischer Reichshilfe drohen müssen, weil man gewaltsam die Postbeamten gezwungen hat, beim Rangiren die ihrer Obhut anvertrauten Postwagen mit ihren Geldern und Briefschaften vollständig zu verlassen, auszusteigen, sich auf den Perron zu begeben und den von ihnen verantwortlich beaufsichtigten Wagen im Dunkeln verschwinden zu lassen und erst hernach wieder einzusteigen, und zwar aus welchem Grunde? Die meisten Unglücksfälle passirten beim Rangiren und die Haftpflicht der Eisenbahnen würde daher höher belastet, wenn Postbeamte beim Rangiren beschädigt würden. Man verweigert den Briefboten die Betretung des Bahnkörpers zur Bestellung der Briefe an diejenigen Beamten, die nur durch Betretung des Bahnkörpers erreichbar sind. Infolge dessen müssen Briefe, die an solche gerichtet sind, als unbestellbar zurückgesandt werden. Man verweigert den Staatstelegraphenleitungen den Eingang in diejenigen Postanstalten — nachdem Post und Telegraphie vereinigt sind — die sich innerhalb der Bahnhöfe befinden. Und am eigenthümlichsten finde ich die Streitigkeiten und die Exclusivitäten, welche bei Neubauten auf Eisenbahnen, nicht blos bei Privatbahnen, stattgefunden haben. Hat die Post den Wunsch, 2 oder 3 Zimmer zu haben für ihren Dienst im Bahnhofe, in wüsten Gegenden, wo das Bauterrain wohlfeil ist, so ist ihr dieser Wunsch in allen Instanzen rundweg abgeschlagen worden, so daß die Post genöthigt war, sich zur Unbequemlichkeit des Publikums jenseits der Straße ein Haus zu bauen und beide fiscalischen Zweige wurden unabhängig von einander in Betrieb gesehen. Es erfordert aber der Bau eines Posthauses etwa 7- bis 8000 Thaler, unter 6000 Thlr. fast nie, daß nun derselbe preußische Fiscus, der in beiden Fällen vertreten ist, zu den Kosten eines Neubaues 8000 Thaler oder etwa 5000 Thlr. beitragen muß, und daß er mit nur 1000 Thlr. abgekommen wäre, wenn er in seinem Gebäude die Post zugelassen hätte, — das zu ändern haben wir im Hause gar kein Interesse, weil keiner sich verantwortlich fühlt, und weil das eine Ressort vom andern gewissermaßen immer als feindliches Ausland behandelt und geschädigt wird.

Es zeigt sich dies in hohem Maße, wie neulich schon berührt, bei der Thätigkeit unserer Staatsbahnen in Bezug auf den Holztransport. Der Reichskanzler geht nunmehr auf die Einfuhr der Lohe aus Ungarn und die Schädigung der preußischen Industrie näher ein; durch die Regierung seien viele Leute zur Anlage von Schälwaldungen veranlaßt worden, die durch den Import der ungarischen Lohe nicht gewinnbringend seien; mindestens müßten die preußischen Bahnen die inländischen Producte zu denselben Preisen fahren, wie die ausländischen. Der Reichskanzler theilt dann dem Hause aus einem Berichte der Forstbehörden mit, daß das Jahr 1877 gegen 1876 einen Ausfall von 8,000,000 M. aus den Einnahmen der Forsten ergeben habe; das finde zunächst in der Ungunst der wirthschaftlichen Verhältnisse, dann aber in dem Import fremden Holzes seine Erklärung. In Hannover z. B. koste der Transport von Holz von einer 1400 Km. entfernten Station 28—33 Pf. pro Centner und Kilometer, im hannoverschen Verkehr aber 43—50 Pf., oder es werde auf ausländische Hölzer pro Waggon von 200 Centner eine Bonification von 117 M. (gegenüber dem inländischen) gelegt. Wie weit dies auf die Nahrungsverhältnisse einwirkt, könnte ich Ihnen aus Schlesien beweisen — fährt dann der Reichskanzler fort —, wo alle Kleinindustrie in den Schneidemühlen und beim Holzschlage augenblicklich darniederliegt; die Fuhrleute, welche das Holz von und nach den Schneidemühlen befördern, haben nichts zu thun; ja, sie müssen noch sehen, wie galizische und ungarische Hölzer durch ihre Wälder durchgefahren werden. Eichene Parquets gehen aus Ungarn nach Paris, die Producte der näheren Fabriken Westfalens und Rheinlands stehen aus Mangel an Beschäftigung still, lediglich infolge der Differentialtarife.

Diesen durch die bestehenden Eisenbahnverhältnisse dienstlich geschaffenen Mißständen gegenüber, die eine erhebliche Schädigung des Forstbesitzes, unseres Handels und unserer Industrie veranlassen und die Steuerkraft des Landes anspannen, ist eine schleunige Abhilfe dringend geboten. Wenn der Abg. Lasker meint, was der Minister Friedenthal schon erwähnte, daß im Handelsministerium nicht genug Beschäftigung vorhanden wäre, wenn die Eisenbahnen abgezogen würden, so muß ich daraus den Schluß ziehen, daß im heutigen Handelsministerium die Eisenbahnen die Hauptsache sind und daß namentlich ihre Reform daher die dringlichste sei, die überhaupt angestrebt werden kann. Damit komme ich auf das Gebiet des Handels und Verkehrs, und daß wir unsere finanzielle Schwerkraft im Steuer- und Tarifwesen zu finden haben werden. Wenn aber im Handelsministerium das Eisenbahnwesen augenblicklich das schwerste Gewicht hat, und wenn wirklich ein Personenwechsel, was noch nicht feststeht, eintreten sollte, so muß das Handelsministerium zunächst in die Hände eines besonders für Eisenbahnen sachkundigen Mannes gelegt werden. (Hört! Hört!) Ja, hört, hört, das ist meine Ansicht. Ich werde vielleicht im Laufe der Debatte darauf nochmals zurückkommen und bitte um Entschuldigung, wenn für den Augenblick meine Erschöpfung mich abhält zum Schluß zu gelangen.

Abg. v. Rauchhaupt: Gegenüber der von dem Abg. Lasker geäußerten Befürchtung glaube ich, daß die rechte Seite des Hauses den Beweis geliefert hat, daß sie sehr wohl eine eigene Ueberzeugung besitzt. Ich möchte nun diejenigen Mitglieder des Hauses bitten, welche seit 12 Jahren mit uns an der Befriedigung der realen Bedürfnisse des Landes gearbeitet haben, sich heute nicht von uns zu trennen. Wir schätzen die Objectivität, mit welcher die Abgg. Miquel und Lasker diesen Gegenstand behandelt haben, aber es fehlt ihnen dieses Mal diejenige Freudigkeit, mit der sie sonst den Fürsten Bismarck unterstützten, wenn er mit seinen Ansichten, den Bedürfnissen des Landes zu genügen, offen hervortrat. Immerhin sticht ihre Haltung sehr vortheilhaft ab von dem Tone, den der Abg. Virchow angeschlagen hat. Wir bitten Sie aber im Interesse des Landes darum, nicht den bloßen Standpunkt der Verneinung und der zeitweisen Ablehnung beizubehalten. Virchow ist in einen Ton verfallen, der mich lebhaft an die Conflictszeit erinnert hat; er hat die Vorlage positiv abgelehnt, obwohl Fürst Bismarck sie als nothwendig erklärt hat. Die nationalliberale Partei, deren Geburtsstätte das Arbeitscabinet des Fürsten Bismarck und deren Geburtsstunde die Zeit des Ausmarsches nach Oesterreich ist, hat keine Veranlassung, ebenfalls diesen Ton anzunehmen. Virchow hat seinen Spott darüber gehabt, daß der Reichskanzler sich hier immer als den schwächsten Mann darstelle, während er im Auslande als der eiserne Kanzler bekannt sei; ich glaube, die nationalliberale Partei ist mit uns dafür dankbar, daß der Reichskanzler trotz seiner Schwäche noch immer im Stande ist, das Regiment zu führen. Wir würden es beklagen, wenn wir uns heute trennten und glauben, daß es nützlicher sein wird für die Entwickelung des Landes, wenn wir zusammen stimmen. Wir wünschen dieses, weil auch wir das Zustandekommen jener Combination erstreben, die ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht. Es kommt mir so vor, als ob die nationalliberale Partei im gegenwärtigen Augenblick zu vergleichen ist mit einem lebensfrischen blühenden Mädchen, welches seinen Bewerber abweist (Heiterkeit), weil es vorzieht, zu ihm in einem mehr äußerlichen, die Nerven erregenden Verhältniß zu bleiben, aber ich fürchte, daß sie hier die Rolle der alten Jungfer spielen wird, die zu ihrem Jugendgeliebten endlich zurückkehrt und nicht die, wenn ich so sagen darf, Mesalliance mit der Fortschrittspartei schließt.

Wenigstens in den neuen Landestheilen würde die nationalliberale Partei eine Trennung von dem Fürsten Bismarck nicht vertragen und das muß ich doch noch sagen, daß die Conservativen aus den neuen Provinzen mir noch nicht willkommen sind. Was nun die Vorlagen selbst betrifft, so sind die Anklagen gegen dieselben ja allseitig beleuchtet worden; aber wenn wir die nebensächlichen, nicht zur Sache gehörigen Fragen aus dem Auge lassen, so ist die Vorlage ein absolutes Bedürfniß für uns. Die Uebertragung der Competenzen hinsichtlich der Forsten und Domainen auf das landwirthschaftliche Ministerium hat gar nichts Bedenkliches. Schwieriger ist die Frage wegen der Eisenbahnen. Hier machen auch wir der Regierung den Vorwurf, daß sie nur eine Etatänderung mit lückenhafter Motivirung gebracht hat. Wenn die Motive nur die leiseste Andeutung darüber gebracht hätten, daß die Ressortverhältnisse durch eine Königliche Verordnung geregelt werden würden, dann wären wohl die letzten Bedenken gehoben worden. Alles was durch Gesetz dem Handelsministerium übertragen ist, müßte freilich auch gesetzlich auf den neuen Eisenbahnminister übertragen werden; das ließe sich aber in einem Paragraphen formuliren, der bei einigem guten Willen zu Stande kommen könnte. Hinsichtlich der gesammten Competenzen des Handelsministers bezüglich der Eisenbahnen bin ich, nach eingehender Betrachtung, zu dem Resultat gekommen, daß alle Befugnisse aus dem einschlägigen Gesetz von 1838 und der Verordnung von 1848 auf den neuen Eisenbahnminister übertragen werden können.

Der Eisenbahnminister ist dieser Seite des Hauses außerordentlich sympathisch, weil er einem schon lange von uns gehegten Wunsche entspricht. Ein selbstständiger Minister, welcher dieses Gebiet zum eigentlichen Gegenstande seiner Studien macht, wird bei dem jetzigen System, wo der Staat durch die von ihm bevorzugten Bahnen, die Privatbahnen gewissermaßen todtfährt, unmöglich verharren und wird uns aus der jetzt herrschenden Misere herausziehen. Ich habe deshalb gar keine Veranlassung, der Vorlage nicht zuzustimmen, besonders da in den neuen Landestheilen im Jahre 1867 alle betreffenden Befugnisse durch Königliche Verordnung auf den Handelsminister übertragen worden sind, und zwar fast mit denselben Worten, welche die Vorlage hat. Die Ressortstreitigkeiten, welche sich zwischen den einzelnen Ministern entwickeln könnten, zu prüfen, ist nicht unsere Sache; diese werden schon im Staatsministerium, nöthigenfalls durch Königliche Anordnung, beigelegt werden. Ich bitte Sie deshalb, der Vorlage, so wie sie liegt, Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Abg. Windthorst (Meppen): Wir befinden uns in einer höchst sonderbaren Situation. Der Finanzminister ist gegangen, ohne daß sein Portefeuille Jemandem anders übertragen ist. Der Minister des Innern ist auf Urlaub. Der Handelsminister ist abwesend und wird dazu wohl seine triftigen Gründe haben. In diesem höchst defecten Zustande plant die Regierung die größten Veränderungen. Bisher sind wir in der glücklichen Lage gewesen, ein fest besetztes collegialisch geordnetes Ministerium in Preußen zu besitzen; diesen Punkt müssen wir festhalten in den Schwankungen des Augenblicks. Wenn ein wohlgeordnetes Ministerium uns eine Vorlage dieses Inhalts in gründlich gearbeiteter und durchdachter Form vorlegte, so würde ich sie mit ganz andern Augen ansehen, wie jetzt; so lange diese Voraussetzung nicht eintrifft, muß ich auch den Punkten widersprechen, die ich sonst zuzugeben geneigt sein würde. Ich muß weiter mich dagegen aussprechen, daß die Forderung für den Vicepräsidenten allein bewilligt wird; dadurch würde das Herrenhaus, wenn nicht formell, so doch materiell geschädigt werden, es könnte sich nicht über die ganze Vorlage auslassen und das Recht will ich diesem Factor der Gesetzgebung doch wahren. Der conservative Herr Vorredner hat so schöne Ermahnungen an die nationalliberale Partei gerichtet; ich möchte ihn doch bitten, seinen eigenen Principien mehr zu folgen und die Gesetzgebung der letzten Zeit von conservativen Gesichtspunkten aus zu revidiren. Wenn Herr v. Rauchhaupt gesagt hat, seine Partei könne die Conservativen aus den neuen Provinzen nicht brauchen, so wird man sich diesen Denkzettel in den neuen Provinzen merken. (Hört! Hört!)

Wenn Herr Virchow ein Programm des Ministeriums verlangte, so kann ich nur darauf aufmerksam machen, daß ein Ministerium nicht existirt und auf Grund von Gerüchten, welche Personen etwa in Aussicht genommen sein könnten, vermögen wir doch nicht zu discutiren. Ich meine auch, Fürst Bismarck selbst ist ein Programm, das durch andere Minister nicht geändert wird. Was nun die Vorlage im Einzelnen betrifft, so ist bisher die Bewilligung der Besoldung für den Vicepräsidenten des Staatsministeriums von keiner Seite angefochten worden; für mich ist aber gerade dieser Punkt der wichtigste, bezüglich der Unannehmbarkeit des Nachtragsetats. Durch diese neue Stelle wird der ganze organische Zusammenhang des Staatsministeriums zerrissen; die Verantwortlichkeit zerfließt und ein kostbarster Satz unserer Verfassung, das fest geordnete Ministerium, geht verloren. Sachlich einverstanden bin ich mit der Uebertragung der Domänen und Forsten auf das landwirthschaftliche Ministerium, und ich lehne diese Position nur wegen meiner vorhin geäußerten Bedenken gegen die ganze Vorlage ab. Dagegen bin ich principiell gegen die Schaffung eines besonderen Eisenbahnministeriums, denn ich will in keiner Weise eine Entwickelung befördern, welche das Eisenbahnwesen in der Hand des Staates concentrirt und dahin drängt, die einzelnen Staaten ihrer Eisenbahnhoheit zu entkleiden. Will man Veränderungen so cardinaler Natur durchführen, dann entwerfe man ein Organisationsgesetz, aber lasse sich nicht durch die Bedürfnisse des Augenblicks leiten.

Damit schließt die erste Lesung; es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Abg. **Lasker** constatirt, er habe den Ministerpräsidenten aus dem Stenogramm seiner Rede überzeugt, daß er sein bona fides nicht angezweifelt habe. Abg. **Virchow** bemerkt gegen Rauchhaupt, daß die Fortschrittspartei niemals die Devise ausgegeben habe: „Diesem Ministerium keinen Groschen!". Dies habe vielmehr Herr Twesten gethan, die Fortschrittspartei habe immer zwischen ihren privaten Gefühlen und ihren politischen Pflichten unterschieden, wie auch Fürst Bismarck anerkannt habe. Wenn letzterer ihm vorwerfe, anwesende Minister immer anzugreifen und abwesende immer zu loben, so wäre es vielleicht angezeigt, wenn auch andere sich mehr des alten Wortes erinnern: de mortuis nil nisi bene. (Bewegung.) Abg. **Rauchhaupt** bemerkt gegen Windthorst, daß er unter den Conservativen, welche seine Partei nicht gebrauchen könne, Welfen verstanden habe, worauf **Windthorst** replicirt, daß Rauchhaupt ganz generell von Conservativen aus den neuen Provinzen gesprochen habe.

An die erste Berathung der Vorlage schließt sich, da kein Vorschlag, sie an eine Commission zu verweisen, vorliegt, sofort die **zweite, die Specialberathung**, und zwar zunächst der Positionen des Etats, welche die Verwaltung der Domänen und Forsten betreffen und die unverändert aus dem Etat des Finanz- in den des landwirthschaftlichen Ministeriums übertragen werden sollen.

Abg. Reichensperger ist an sich mit der Uebertragung der Domänen und Forsten auf das landwirthschaftliche Ministerium durchaus einverstanden, kann aber aus verfassungsmäßigen Gründen sein Votum in diesem Sinne nicht abgeben. Die Regierungsgewalt betreffs der Domänen und Forsten sei dem Finanzminister übertragen; sie lasse sich ihm durch einfache Etatsposition nicht abnehmen und einem andern Minister übertragen. Hierzu sei unbedingt ein Gesetz nothwendig. Man möge sich doch einmal die Consequenzen der Vorlage klar machen. Durch einfache Amendirung des Etats würde dann das Abgeordnetenhaus von Jahr zu Jahr die ganzen Ressortverhältnisse ändern können.

Abg. Gneist: Der Herr Ministerpräsident hat in der letzten Woche folgende Erklärung abgegeben: „Ich habe mich seit fünf Jahren bemüht, gewisse Aenderungen in unserer Eisenbahnpolitik und Gesetzgebung herbeizuführen, auf welchen ich aus politischem Gefühl bestehen muß. Ich bin stets gescheitert an dem Widerstand unserer Ressortverhältnisse, namentlich im Finanzministerium. Jetzt, wo der Finanzminister ausscheidet, muß ich den Zeitpunkt der Vacanz benutzen, um die, nach meiner Auffassung nothwendigen Aenderungen durchzuführen. **Erledigen aber müssen wir sie, oder ich kann mit gutem Gewissen auf meinem Posten nicht bleiben.**" Nach dieser Erklärung des Ministerpräsidenten ist die Sachlage eine ganz andere geworden, als sie im Anfang der Sitzung

war. Es handelt sich nicht mehr um die geschäftliche Behandlung eines Etatsnachtrags, sondern eine Ministerkrisis. Sobald der verantwortliche Träger der zeitigen Ministerpolitik erklärt, daß bestimmte Aenderungen in Personen, Ressortvertheilungen und Maßregeln für ihn unumgänglich nothwendig sind, so ist nach meiner Auffassung der Zeitpunkt eingetreten, in welchem das Ministerium in einer Reformation oder doch theilweisen Reformation begriffen ist.

Für dies Stadium hat der Parlamentsgebrauch besondere Regeln sanctionirt. Es ist Parlamentsgebrauch, in diesem Stadium zu pausiren, die königliche Ernennung abzuwarten, die Gesetzvorschläge und Maßregeln des neu constituirten Ministeriums entgegenzunehmen, bis dies geschehen aber, eine Kritik von Maßregeln oder Personen zu vermeiden und der Neubildung kein Hinderniß zu bereiten. Auch das unpopulärste Minoritätsministerium in England hat stets mit Erfolg die Bitte ausgesprochen, die Maßregeln der neuen Verwaltung zu erwarten und dem neu constituirten Ministerium einen fair trial zu gewähren. Es mag das als eine Rücksicht der Courtoisie erscheinen, welche uns nichts anginge. Allein das königliche Ernennungsrecht der Minister, auf dem jener Gebrauch beruht, ist auch im Art. 45 als Gebrauch unserer Verfassung anerkannt und es handelt sich dabei nicht sowohl um Courtoisie, als um eine sachliche Nothwendigkeit, weil ohne das der Staatsregierung ein Interregnum, ein nicht zu fassendes Vacuum eintreten würde. Ich glaube nun versichern zu können, daß im Kreise meiner politischen Freunde das aufrichtigste Bestreben waltet, jede Rücksicht und Courtoisie gegen das Ministerium Bismarck walten zu lassen. — Es sind aber die Rechtsverständigen, welche gegen ein solches Verhalten Bedenken erheben. Es müsse in diesem Falle der beabsichtigten Reformation ein Gesetz vorangehen. Kann ich hiernach die juristischen Bedenken gegen die beabsichtigten Maßregeln nicht theilen, so muß ich meinerseits sowohl juristische, wie politische Bedenken dagegen erheben, wenn nun die Bewilligung eines Ministergehalts und einer Wohnungszulage Voraussetzungen von solcher Tragweite geknüpft werden. Jede Aenderung des Ministerressorts wurde sonst ähnlich einer Wahlcapitulation wirken und nur vor sich gehen um den Preis immer neuer Beschränkung der Befugnisse als Artikel 45 der Verfassungs-Urkunde.

Wie sollte denn aber auch das Gesetz zu Stande kommen, welches die Trennung der Staatsaufsicht von der Eisenbahnverwaltung und ähnliche wünschenswerthe Aenderungen durchführt. Der Gesetzentwurf muß doch erst von neuem Specialminister ausgearbeitet, vom Gesammtministerium solidarisch erwogen, angenommen und vom König genehmigt sein. Wie soll dies ermöglicht werden? Die früheren Minister wollen die beabsichtigte neue Maßregel nicht, die neuen Minister aber, die mit ihrer Sachkenntniß, mit dem Entschluß, mit der Verantwortlichkeit eintreten, die neue Maßregel mit ihren Consequenzen durchzuführen und zu vertreten, können nicht eintreten, weil das Haus das Ministergehalt nicht bewilligt. Es entsteht dadurch der von dem Ministerpräsidenten ausgesprochene circulus inextricabilis. Die Meinung, daß eine solche Forderung eine rechtlich unausführbare sei, beruht anscheinend auf der Voraussetzung, daß die gewünschten Aenderungen sich in wenigen Zeilen in Form eines Gesetzentwurfes vorlegen ließen. Allein, wenn die Regierung beabsichtigt, wie es der Minister Friedenthal bereits andeutet, die Staatsaufsicht über Eisenbahnen, auf den Weg der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu leiten, so gewinnt die Sache eine ganz andere und sehr verwickelte Gestalt. Jede Ausführung der Organisationsfragen der Eisenbahnverwaltung führt unabweisbar zu den großen Vorfragen der Eisenbahnpolitik und damit zu den schwierigsten und streitigsten Erörterungen, die auch Verständniß mit dem deutschen Bundesrath voraussetzen. Wie aus diesem Zirkel herauszukommen, vermag ich nicht abzusehen. Wohl aber ist das Resultat klar, daß, wenn ich die Bewilligung eines Ministergehalts von solchen Voraussetzungen abhängig mache, das Verhältniß der parlamentarischen Regierung sich umkehrt.

Das Haus macht sich nicht schlüssig über die von dem Gesammtministerium gemachten Vorlagen, sondern es disputirt über Ministerprogramme, ehe die Minister ernannt sind, über hypothetische Vorlagen, ehe sie gemacht sind, wobei es denn auch unvermeidlich wird, über die gute oder schlimme Physiognomie der zu erwartenden Minister sich auszusprechen. Wenn solche Discussionen wirklich zum Minoritätsbeschluß in irgend einer Form führen, so engagirt sich damit das Haus nur Grundsätze und Maßregeln, an deren Ausführung Niemand vorhanden ist, Niemand, der die Verantwortlichkeit dafür übernimmt, Niemand, der die Genehmigung des Königs und die Zustimmung des anderen Hauses zu beschaffen sich verpflichtet. Dies ist die Sachlage, welche den Parlamentsgebrauch herbeigeführt hat, einem Ministerium in der Reconstruction kein Hinderniß zu bereiten und namentlich die zur Reconstruction erforderlichen Ministergehälte nicht anders als durch eine formelle Bewilligung, durch die das Haus noch kein Vertrauens-Votum ausspricht, keine Bewilligung irgend einer zukünftigen Maßregel, sondern nur zur Fortführung der Staatsgeschäfte nothwendiger Act, ohne welchen die Minister des Königs die verfassungsmäßigen Gesetze des Ministeraths nicht fortzuführen vermögen. Ueber die Vorlagen und Maßregeln des neu constituirten Ministeriums wird dann von dem hohen Hause, wie jedem einzelnen Mitglied sein vollkommen freies Urtheil in Zukunft bleiben, wie bisher. Dies sind für die Gründe, aus denen ich zu einem Ja sans phrase gelange.

Darauf wird die Sitzung auf heute Abend 7¼ Uhr vertagt. Präsident v. Bennigsen bemerkt, seine Absicht sei, die zweite Lesung heute zu Ende zu bringen und die dritte Berathung auf Freitag anzuberaumen.

[Das Abgeordnetenhaus] setzte in der Abendsitzung die Specialdebatte über die Nachtragsetatsvorlage fort. Richter (Hagen) sprach dagegen. Minister Friedenthal rechtfertigte speciell die Vereinigung der Domänen und Forsten mit dem Landwirthschafts-Ministerium. Schellwitz sprach für die Vorlage, Schorlemer-Alst dagegen, obwohl er principiell für die Ueberweisung der Domänen und Forsten sei. Capitel 4a wurde darauf abgelehnt, damit ist auch die Neuressortirung der Domänen und Forsten abgelehnt. Das Capitel „Eisenbahnministerium" wurde ebenfalls mit großer Majorität, nachdem sich Braun dagegen ausgesprochen, abgelehnt. Der Gehalt des Vicepräsidenten des Staatsministeriums wurde ohne Debatte genehmigt. — Schluß 10½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag Abends. Dritte Berathung des Nachtragsetats.

Berlin, 27. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Regierungs-Rath v. Diederichs zu Marienwerder den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Steuer-Rath Lotz zu Kassel den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem Schullehrer, Küster und Cantor Brand zu Schwerfeldt im Kreise Weißensee den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat den kaiserlich russischen Collegien-Räthen Tanner zu Kibarty im Kreise Wilkowischki und Sybin zu St. Petersburg den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Ober-Stabsarzt 1. Klasse und Regimentsarzt Dr. Lippelt beim herzoglich Braunschweigischen Husaren-Regiment Nr. 17 den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem vormaligen kaiserlich brasilianischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Senator Cavalcanti de Albuquerque den Kronen-Orden erster Klasse; dem kaiserl. österr. Bezirkshauptmann, Kämmerer Freiherrn v. Mensshengen, zu Freiwaldau in Oesterreichisch-Schlesien, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem seitherigen Attaché bei der königlich schwedisch-norwegischen Gesandtschaft in Berlin, Premier-Lieutenant Fahlen den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Reiches den Kaufmann Karl Bluhm zum Consul in Vera Cruz ernannt.

Se. Majestät der König hat den Stadtgerichts-Rath Dr. Harries hierselbst zum Appellationsgerichts-Rath in Halberstadt, den Stadtgerichts-Rath Hänschel in Breslau und die Kreisgerichts-Räthe Lindner in Ratibor und Möller in Guben zu Appellationsgerichts-Räthen in Marienwerder, den Kreisgerichts-Rath Kraberg in Altona zum Appellationsgerichts-Rath in Bromberg ernannt; sowie dem Kreis-Physikus Stadtkreises Köln, Dr. med. Franz Jakob Leussen zu Köln den Charakter als Sanitäts-Rath, und dem Apotheker Wilhelm Nagell zu Kassel das Prädicat eines Königlichen Hof-Apothekers verliehen.

Der Königliche Eisenbahn-Bau-Inspector Petersen ist von Berlin nach Bromberg, der Königliche Eisenbahn-Baumeister Massalski von Bromberg nach Osterode und der Königliche Eisenbahn-Baumeister Michaelis von Zastrow nach Konitz versetzt, und sind diese Beamten mit der Verwaltung von Baukreisen bei der Ostbahn betraut worden.

Berlin, 27. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute zur Meldung den zum Commandeur der 12. Cavallerie-Brigade ernannten Oberst von Knobloch, ferner den zum Commandeur des 3. Garde-Grenadier-Regiments Königin Elisabeth ernannten Oberst von Stocken, bisherigen Commandeur des Grenadier-Regiments Kronprinz (1. Ostpreuß.) Nr. 1 und den Major von John vom 2. Garde-Dragoner-Regiment. Außerdem hielt der Chef des Civil-Cabinets, Wirkliche Geheime Rath von Wilmowski, Vortrag.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte heute mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden die zwölfte Volksküche. (R.-Anz.)

⊙ **Berlin**, 27. März. [Denkschrift bezüglich der Nicaragua-Angelegenheit. — Die Reconstruction des Ministeriums. — Weltpostverein. — Uebersichten der Post- und Eisenbahn-Verbindungen. — Höhere Schulen im Reiche.] Dem Bundesrath ist eine Denkschrift mit 64 Actenstücken, in Bezug auf die Angelegenheit von Nicaragua, vorgelegt. Von Interesse dürfte namentlich sein, daß sich auch England und die nordamerikanische Regierung entschieden für die deutschen Forderungen ausgesprochen und sie in jeder Weise unterstützt und sich dahin geäußert haben, daß der deutschen volle Genugthung gebühre. Lord Derby sagt ausdrücklich in einer Depesche an Graf Münster, daß die deutsche Regierung ein unbestrettbares Recht habe, Reperation zu fordern; auch hatte sich England ja schon im vorigen Jahre bereit erklärt, ein Schiff hinzuschicken. Die deutschen Forderungen sind: 1) Bestrafung der Schuldigen, 2) Bestrafung derjenigen Behörden, welche die Sache nachläßig betrieben haben; 3) Zahlung von 30,000 Dollars, eine sehr geringfügige Summe im Vergleich mit ähnlichen Vorfällen; 4) Bezeugung der Achtung vor der amtlichen Stellung des deutschen Consuls in Nicaragua durch militärische Salutirung der Consulatsflagge. Das letztere größere Actenstück, welches hier aus dem auswärtigen Amt stammt, ist ein Schreiben des Herrn v. Bülow an die kaiserliche Mission in Lateinisch-Amerika, in welchem derselbe zwar der Hoffnung noch Raum läßt, daß die Regierung von Nicaragua freiwillig die deutschen Forderungen erfüllen werde, doch fügt er hinzu, daß wir, nachdem wir über Jahr und Tag auf die erste Aeußerung eines Bedauerns über die thatsächlich nicht bestrittene Mißhandlung eines kaiserlichen Consuls unter Mitwirkung von Beamten und Soldaten der Republik vergeblich gewartet, uns leider dazu entschließen müssen, die für die eventuelle Erzwingung einer Genugthuung erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Ein Telegramm des kaiserlichen Geschäftsträgers für Central-Amerika an das Auswärtige Amt vom 9. März d. J. sagt: Die (im Vermittelungssinn geschehene) Mission des Abgesandten des Präsidenten von Guatemala an den Präsidenten von Nicaragua ist gescheitert. — Die heutige „Prov.-Corresp." sagt, die Allerhöchsten Ernennungen zur Vervollständigung des Ministeriums dürften in allen Beziehungen unverweilt erfolgen. Im Widerspruch hiermit melden verschiedene heutige Morgenblätter, es sei bei der gestrigen Verhandlung der nationalliberalen Fraction bestimmt mitgetheilt worden, die Ernennungen des Oberbürgermeister Hobrecht und des bisherigen Unterstaatssecretärs Maybach seien bereits vollzogen. Wir können dagegen mit Bestimmtheit versichern, daß beide Ernennungen bis heut Vormittag nicht erfolgt waren. Das Ernennungsdecret des Ober-Bürgermeisters Hobrecht liegt seit gestern allerdings dem Könige vor. — Die „Prov.-Corr." widmet dem Minister Camphausen bei seinem Ausscheiden einen durchaus ehrenden Nachruf. — Der Beitritt der Argentinischen Republik zum allgemeinen Postverein ist auf den 1. April festgesetzt. — Die Bestellungen auf Privat-Exemplare der Uebersichten der Eisenbahn- und Postverbindungen im deutschen Reichsgebiet, die sog. Leithefte, welche zweimal jährlich nach Einführung der sog. Sommer- und Winter-Fahrpläne erscheinen, sind bis zum 5. Mai resp. bis zum 5. October durch die Postanstalten anzumelden. — Im Jahre 1877 hatte das Deutsche Reich 732 Gymnasien und Realschulen; davon entfallen 449, nämlich 264 Gymnasien und 185 Reallchulen, auf Preußen; von den preußischen Gymnasien sind 138 staatliche, 126 städtische oder durch Stiftungen erhalten; staatliche Realschulen bestanden 23.

= **Berlin**, 27. März. [Bundesraths-Sitzung.] Der Bundesrath hielt heute Mittag 12 Uhr eine Plenarsitzung im Reichskanzleramt unter Vorsitz des Präsidenten, Staatsministers Hofmann. Vorlagen, betreffend die eingetretenen Veränderungen in dem Bestande der vom Reich durch besondere Rechtstitel erworbenen Grundstücke, sowie eine Denkschrift über zwei bewaffnete Angriffe auf kaiserliche Consularbeamte in Leon, Nicaragua, wurden den Ausschüßen überwiesen. Seitens des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen wurde Bericht über die Erhebung einer Uebergangsabgabe vom Essig erstattet. Es folgte mündlicher Bericht der Ausschüsse über die Anträge Würtembergs, Mecklenburg-Strelitzs und Hamburgs, betreffend die Erstattung der Kosten für Kasernen-Einrichtungen. Die Anträge werden abgelehnt. Daran schlossen sich weitere mündliche Berichte der Ausschüsse über die Vorlage. betreffend den Entwurf eines Gesetzes über den Gewerbebetrieb der Maschinisten auf Seedampfschiffen, sowie über eine Eingabe, betreffend das großherzoglich hessische Gesetz über die Besteuerung des Weins vom 9. December 1876.

Mannheim, 27. März. [Das hiesige Schwurgericht] erkannte heute den Baron Linden aus Veranlassung der Broschüre „Der Europäische Krieg" des Hochverraths und der Beleidigung des Fürsten Bismarck schuldig und verurtheilte denselben zu einer Festungsstrafe von 2 Jahren und einer Gefängnißstrafe von 6 Monaten. Von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung wurde Baron Linden freigesprochen. Der Mitangeklagte, Verleger Schabelitz, wurde wegen Beihilfe zu einer Festungsstrafe von 1¼ Jahren und einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten verurtheilt. Gegen beide Angeklagte wurde in contumaciam verhandelt.

Straßburg, 21. März. [Die reichsländische Verfassungsfrage.] Die „Straßb. Ztg." schreibt: „In diesen Tagen geht, wie wir hören, eine Deputation von Landesausschußmitgliedern von hier nach Berlin ab, um sich mit den in der Reichshauptstadt anwesenden elsaß-lothringischen Reichstagsabgeordneten zur Unternehmung von directen Schritten in der reichsländischen Verfassungsfrage beim Fürsten Bismarck und speciell beim Kaiser selbst zu vereinigen. Die durch einen Theil der Presse laufende Nachricht von einer Aufmunterung des Reichskanzlers an einzelne elsässische Reichstagsdeputirte, sie möchten bei dem Kaiser den Kronprinzen des Deutschen Reiches als Statthalter von Elsaß-Lothringen in Vorschlag bringen, muß, wenigstens in dieser Form, auf einem Mißverständnisse beruhen, das vielleicht bald seine Aufklärung findet."

Provinzial-Zeitung.

A. F. **Breslau**, 27. März. [Das Verzeichniß der Vorträge im Handwerker-Verein] für das bevorstehende Quartal beschränkt sich auf nur sieben Versammlungsabende, da mit dem 1. Juni die übliche, bis zum Beginn der kühleren Jahreszeit währende Pause in den Vorträgen eintrtt. — Am 8. April fällt die Versammlung wegen anderweitiger Benutzung des Saales aus. — Die Vergnügungen dieses Winters wird ein geselliger Abend im Springer'schen Saale am 6. April beschließen. Wie wir hören, hat der Vorstand den Beschluß gefaßt, die Mitglieder des Frauenbildungs-Vereins und Humboldtvereins zum Besuches dieses, eine angenehme Unterhaltung verheißenden Abends, bei welchem Gäste überhaupt Zutritt haben, einzuladen.

• **Breslau**, 28. März. [Briefmarken-Sammler-Congreß.] Der Vorsitzende der Société française de Timbrologie, Paris, Herr Baron Arthur de Rothschild, ladet durch Schreiben vom 22. Febr. c. die deutschen Briefmarken-Sammler-Vereine, resp. den hiesigen Verein Schlesischer Briefmarken-Sammler, zum „Internationalen Briefmarken-Sammler-Congreß" nach Paris. Derselbe wird zur Zeit der Pariser Weltausstellung stattfinden, nämlich in den Monaten Juni oder Juli 1878. Der hiesige Verein wird sich in nächster Sitzung mit dieser Frage beschäftigen.

• **Gr.-Glogau**, 27. März. Der hiesige „Niederschl. Anzeiger" berichtet: Aus Liegnitz ist gestern die Nachricht hier eingelaufen, daß ein dortiger junger Kaufmann, Getreidehändler, mit Hinterlassung einer sehr bedeutenden Schuldenmasse bei sehr geringen Activis verschwunden sei. Die Schulden sollen an 200,000 M. betragen und hauptsächlich Breslauer Getreidehändler mit großen Verlusten betheiligt sein. Die Glogauer Getreidehändler sind diesmal verschont geblieben. Der junge Mann, Sohn eines hochgeachteten Liegnitzer Kaufmanns, hat es verstanden, das mit seinem Namen verbundene gute Renommé zu seinen Zwecken auszunützen.

L. **Liegnitz**, 27. März. [Technischer Verein. — Hypotheken-Bank. — Handwerker-Verein.] Am 23. d. Mts. hielt der technische Verein die statutenmäßige Generalversammlung ab, in welcher die Herren Apotheker Grüneberger zum Vorsitzenden, Apotheker Nicolai zu dessen Stellvertreter, Stadtsecretär Krause zum ersten und Lehrer Görlitz zum zweiten Schriftführer, Instituten-Hauptkassen-Rendant Werner als Kassirer und Kaufmann Lucas zu dessen Stellvertreter gewählt wurden. Der Verein, im Jahre 1843 gegründet, zählt 284 Mitglieder. Seine Einnahmen im Jahre 1877 betrugen 1148,90 Mark, die Ausgaben 1044,21 Mark. Das Vereins-Vermögen beläuft sich auf 600 Mark, die Bibliothek zählt 2400 Bände außer den vom Verein gehaltenen 15 Journalen. — In der gestrigen General-Versammlung der Liegnitzer Hypotheken-Bank „Eingetragene Genossenschaft" wurden die ausscheidenden Herren Apotheker Grüneberg zum Controleur, Bäckermeister Tibbe, Particulier Schädlich und Handschuhfabrikant Wagner zu Mitgliedern des Aufsichtsraths wiedergewählt. Als Ersatzmann trat Herr Zimmermeister Hitziger sen. ein. Beschlossen wurde, daß den Mitgliedern, deren Guthaben durch die gezahlten Beiträge die Höhe von 500 Mark, oder durch eingezahlte Beiträge und Amortisation die Höhe von 1500 Mark erreicht hat, die Dividende auf Wunsch ausgezahlt werden soll. Ein Antrag, für Dividenden berechtigte Guthaben einen Maximalsatz festzusetzen, wurde abgelehnt. Bewilligt wurden dem Director der Bank eine Gratification von 600 Mark und der Rechnungs-Revisions-Commission eine Tantième von 2½ pCt. vom Jahres-Rein-Gewinn. Dieser beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahre 29,369,79 Mark und nach Abrechnung der vorerhobenen Zinsen, da sowohl für Wechsel-, wie für Hypotheken-Darlehne die Zinsen an die Bank pränumerando gezahlt werden müssen, 18,000 Mark rot., d. i. 10 pCt. des Mitglieder-Guthabens, demgemäß auch die Dividende auf 10 pCt. festgesetzt wurde. — Im Handwerker-Verein hielt Montag Herr Lehrer Walter einen sehr ansprechenden Vortrag über „die Romantik in Literatur und Kunst."

—r. **Namslau**, 27. März. [Grober Unfug. — Promenadenwächter. — Vom Siegesdenkmal. — Hundesteuer. — Hinscheiden des Pastor Kellner.] In der letzteren Zeit haben eine Menge Lehrlinge, die von ihren verschiedenen Meistern nach beendeter Tagesarbeit leider ohne alle Aufsicht und Beschäftigung gelassen worden sind, sich allabendlich auf unseren gut angelegten und gepflegten Promenaden versammelt und dort nicht nur durch wildes Lärmen sich bemerkbar gemacht, sondern auch anderen groben Unfug verübt und namentlich mehrere dort aufgestellte, theils eiserne Promenadenbänke in boshafter Weise beschädigt und zertrümmert. Es ist gelungen, die Namen festzustellen und der Kgl. Staatsanwaltschaft zu überweisen. Es soll nun ein Promenadenwächter angestellt werden. — Dem hiesigen Comite zur Errichtung des Siegesdenkmals sind von allen Seiten sehr zahlreich und theilweise recht werthvolle Geschenke als Gewinne zugegangen. Insbesondere hat der Fabrikbesitzer Herr Julius Müller aus Berlin — ein geborener Namslauer — dem Comite drei sehr werthvolle Gegenstände und zwar ein Staffelei-Album in Sammet mit Porzellan-Malerei, „Engel" nach Raphael, ein Photographie-Album mit Kupferplatte, darstellend „Nach der Trauung" (nach dem Kupferstich von Eisenhard in Wien), und ein Poesie-Album in Leder mit dem Porzellan-Bildniß der Königin Louise in Rahmen, als Gewinne übermittelt. — Mit Genehmigung der Regierung tritt für die Stadt Namslau vom 1. April dieses Jahres ab eine neue Hundesteuer-Ordnung in Kraft, nach welcher für jeden über drei Monate alten Hund eine jährliche Steuer von sechs Mark zu entrichten ist. — Gestern, mit Anbruch des Tages, verschied in Schwirz, hiesigen Kreises, im Alter von 75 Jahren nach langen und schweren Leiden der evangelisch-lutherische Pastor em. Herr Eduard Gustav Kellner, Ritter des Kronen-Ordens vierter Klasse. Der Verstorbene, der am 15. September 1876 sein 50jähriges Amts-Jubiläum begangen, und der vom Jahre 1841 bis 1875 in Schwirz amtirt, war vom Jahre 1826 bis 1834 in Hönigern, hiesigen Kreises, als Pastor stationirt, und ist aus jener Zeit her auch in weiteren Kreisen dadurch bekannt, daß er unter der Regierung des für die Union der christlichen Kirche beharrlich wirkenden Königs Friedrich Wilhelm III. schwere Prüfungen und Drangsale, ja selbst Kerkerhaft zu erdulden hatte.

Berlin, 27. März. [Börse.] Die Börse blieb im großen Ganzen auch heute ihrer gestern schon an dieser Stelle skizzirten besseren Anschauung treu, trotzdem sie in den neueren politischen Nachrichten und Depeschen nicht gerade ein unterstützendes Moment hierzu finden konnte. In der Coursbewegung kam die Festigkeit allerdings weniger zum Ausdruck, denn meist blieb das gestrige Niveau unverändert und die wenigen Differenzen, die zwischen den gestrigen und den heutigen Notirungen noch zu constatiren sind, waren an sich ganz belanglos. Was der allgemeinen Tendenz aber eine günstigere Färbung verlieh, waren zahlreiche und nicht ganz unbedeutende Meinungskäufe, die von der Speculation ausgeführt wurden. — Unmittelbar nach Schluß des officiellen Geschäftes ermattete die Haltung wieder und ist dies auf einen Artikel der „Provinzial-Correspondenz" zurückzuführen, der das Zustandekommen der Conferenz in Frage stellt, da zwischen Rußland und England noch zu schroffe Gegensätze bestehen. Die Liquidation nahm ruhigen Fortgang und änderten sich die Prolongations-Bedingungen nur wenig. Es bedangen: Lombarden M. 0,85—0,95 Deport, Credit 0,15—0,20 Deport, Franzosen gingen glatt auf. Disc.-Comm. glatt mit Courtage, ferner Laura 0,10%, alte Russen 0,25—0,22½%, neue Russen 0,30%, Italiener 0,20% Oesterr. Goldrente 0,20 pCt., do. Silberrente 0,05—0,10 pCt., do. Papierrente 0,20 pCt., Ungar. Gold 0,27½ pCt. Deport. Unter den internationalen Speculationspapieren zeichneten sich Oesterr. Creditactien durch reges Geschäft aus, auch Franzosen waren nicht ganz unbelebt. Lombarden blieben indeß vollständig vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen waren wenig fest und verhielten sich sehr still. Galizier unverändert. Pardubitzer niedriger, nur Rudolfbahn zu besserem Course beliebt. Die localen Speculations-Effecten trugen verhältnißmäßig eine feste Physiognomie, haben aber kaum einen geschäftlichen Verkehr aufzuweisen. Es notirten: Disconto-Commandit ult. 117¼—116¾—117, Laurahütte ult. 73,25—73,40—73,30. Auswärtige Staatsanleihen waren anfänglich etwas gedrückt, besserten später jedoch die Haltung. Nur Russische Werthe waren sehr matt und angeboten. 5proc. Anleihe pr. ult. 82—81¾—81⅞, Russische Noten pr. ult. 210½—209½—209¾, pr. April 211—210—210¼, Preuß. und andere deutsche Staatspapiere unbelebt, Eisenbahnprioritäten fest, aber ruhig. Görlitz Lit. C. in lebhafter Frage. Auf dem Eisenbahnactienmarkte blieb das Geschäft klein. Rheinische waren begehrt auf die irrthümlich auf 4 Procent gemeldete Dividende. Hamburger, Anhalter, Halberstädter und Potsdamer niedriger. Leichte Bahnen unbelebt. — Bankactien im Allgemeinen wenig fest. Posener Provinzialbank zog im Course an. Bergig-Märkische Industriebank besser. Posener Spritbank und Posener landwirthschaftliche Bank zu hohen Coursen begehrt. Deutsche Bank zu unveränderter Notiz lebhaft. Berliner Kassenverein steigend. Badische Bank höher. Braunschweigische Bank rege. Berliner Handelsgesellschaft zu herabgesetzter Notiz belebt. Meininger Bank und Weimarische niedriger. Spielhagen, Leipziger Creditbank und Antwerpener Centralbank nachlassend. Industriepapiere meist ohne Verkehr. Böhmisch Brauhans höher, Oberschl. Eisenbahnbedarf zu steigender Notiz begehrt. Lincke Wagenbaufabrik und ebenso Neuß Wagenbaufabrik beliebt. Gelsenkirchen zog etwas an, Wilhelmine Victoria besser, Berg.-Märk. Bergw., Braunschweig. Kohlen, Dortmunder Pluto, Rhein-Nass. Bergw. niedriger.

Um 2½ Uhr: Matt. Credit 387,50, Lombarden 123, Franzosen 428,50, Reichsbank 154,60, Disconto-Commandit 117, Laurahütte 73,40, Italiener 72,50, Oesterr. Goldrente 61,87, do. Silberrente 55,10, do. Papier-Rente 52, 5proc. Russen 81,65, Köln-Mindener 95, Rheinische 106,50, Bergische 74,75, Rumänen 24,75, Russ. Noten —.

Coupons-Course (nur für Posten). Amerik. Bonds-Cp. 4,17 bez., do. Papier-Cp. — bez., Oesterr. Silb.-Rent.-Cp. 178 bez., do. Eisenb.-Cp. 177,75 bez., do. Papier-Rent.-Cp. 168,40 bez., Russische Cp. —, — bez., Russ.-Engl. Anl.-Cp. 20,48 bez., Franz. Cp. 81,10—81 bez., Diverse engl. 20,19 bis 20,06 bez., Rum. Cp. —.

Newyork, 27. März. Der Hamburger Postdampfer „Frisia" ist gestern Abend 10 Uhr hier eingetroffen.

Breslau, 28. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 74 Cm. U.-P. 1 M. 72 Cm.

Berliner Börse vom 27. März 1878.

Fonds- und Gold-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	96,80 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	105 bzB
do. do. 1876.	4	96,60 B
Staats-Anleihe	4	96,25 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,70 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	138,40 G
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,80 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,30 bz
Pommersche	3½	83,80 G
do.	4	94,90 bz
do.	4½	102 bzG
do. Ludsch. Crd.	4½	101 bz
Posensche neue	4	94,90 G
Schlesische	3½	85,30 G
Ldschaftl. Central	4	95 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96,10 bz
Pommersche	4	96,10 bz
Posensche	4	95,90 bz
Preussische	4	95,90 G
Westfäl. u. Rhein.	4	98,70 bz
Sächsische	4	96,50 G
Schlesische	4	96 B
Badische Präm.-Anl.	4	120,75 B
Baierische 4% Anleihe	4	120,75 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	110,90 etbzB
Sächs. Rente von 1876	3	73 B

Kurh. 40 Thaler-Loose 242,25 bz
Badische 35 Fl.-Loose 135,40 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,80 bz
Oldenburger Loose 137,50 etbzG

Ducaten — —	Dollars 4,195 G
Sover. 20,35 G	Oest. Bkn. 169,25 bz
Napoleon 16,24 G	do. Silbergd. 180,50 bz
Imperials 16,67 G	Russ. Bkn. 209,65 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	106,70 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,00 bzG
do. do.	5	101,50 bz
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,25 bzG
do. do. do.	5	100,50 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	101,80 bz
Unkünd. do. (1872)	5	100,50 bz
do. rückzb. à 110	5	101,10 G
do. do. do.	4½	99 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,75 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100 bz
Hyp.-Anth. Nord-G. C-B	5	93 bz
do. do. Pfandbr.	5	93,75 bz
Pomm. Hyp.-Briefe	5	98 G
do. do. II. Em.	5	92,50 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,60 bz
do. do. II. Em.	5	106,10 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	— —
do. 4½ do. do. m. 110	4½	100,25 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	105 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	— —
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	90,20 bzG
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	98,50 G
do. do.	4½	93,25 bz
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,75 G
do. do. 4½%	4½	98,30 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.-1./7.	4 1/5	55,10 etbzG
do. 1./4.-1./10.)		55,10 bz
do. Goldrente	4	61,90 bz
do. Papierrente	4 1/5	52 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	4	— —
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	104 bzG
do. Credit-Loose	fr.	298,50 B
do. 64er Loose	fr.	248,50 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	149,10 bz
do. do. 1866	5	148 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	73,40 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	76,75 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	78,25 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	63,75 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	55,50 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	101,70 etbzG
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	99,90 bzG
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,90 B
Ital. Tabak-Oblig.	6	— —
Raab-Grazer 100Thlr.L	4	69,40 bzG
Rumänische Anleihe.	8	— —
Türkische Anleihe.	5	8,20 G
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	69 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37,10 bz
Türken-Loose — —

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	101,00 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,75 ebB
do. do. VI.	4½	99,75 G
do. Hess. Nordbahn.	5	103,10 bzG
Berlin-Görlitz	5	100,80 G
do.	4½	89,50 bzG
Breslau-Freib. Lit. F.	4½	96,50 bzG
do. Lit. G.	4½	96,25 G
do. do. H. J.	4½	94,50 bz
do. do. K.	4½	94,20 bz
do. von 1876	5	101,60 bzG
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,80 G
do. Lit. B.	4½	100,50 B
do. IV.	4	94,40 B
do. V.	4	92,30 bzG
Halle-Sorau-Guben	4½	101,40 bz
Hannover-Altenbeken.	4½	96,75 G
Märkisch-Posener	5	102,10 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,50 G
do. do. II. Ser.	4	95 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	96,50 G
do. do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,40 G
do. F.	4½	100,60 B
do. G.	4½	99,60 G
do. H.	4½	101,20 bz
do. von 1869.	5	101,00 G
do. von 1873.	4	91,40 bzG
do. von 1874.	4½	99,50 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	78,50
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
do. do.	4½	99,75 B
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau	5	— —
Dux-Bodenbach.	5	60,50 bz
do. II. Emission	5	51 bzG
Prag-Dux.	fr.	20 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	86,20 G
do. do. neue	5	85,30 G
Kaschau-Oderberg	5	60,30 bzB
Ung. Nordostbahn	5	57,40 bzB
Ung. Ostbahn.	5	53,70 bzG
Lemberg-Czernowitz.	5	65,25 bzG
do. do. II	5	65,20 bzG
do. do. III.	5	59,70 bzG
Mährische Grenzbahn.	5	52,75 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	18 bzG
do. II.	fr.	16,50 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	66,70 bz
Oesterr.-Französische	3	329 bz
do. do. II.	3	316 bz
do. südl. Staatsbahn.	3	235,60 bzG
do. neue	3	236,10 B
do. Obligationen	5	79,20 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	74,50 bzG
Warschau-Wien II.	5	94 bz
do. III.	5	91,50 bz
do. IV.	5	82 G
do. V.	5	76 bzB

C 83,50 bzG

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	168,60 bz
do. do.	2 M.	3	167,80 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,355 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,20 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5½	209,10 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	5½	209,00 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	168,90 bz
do. do.	2 M.	4½	167,80 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien

Divid. pro	1876	1877	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	18,75 G
Berg.-Märkische.	3 3/8	—	4	74,50 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	88,00 bz
Berlin-Dresden	0	—	4	8,10 bzG
Berlin-Görlitz	0	—	4	14,80 bzB
Berlin-Hamburg.	11	11½	4	172,25 G
Berl.-Potsd.-Magdb	3½	—	4	75,75 bz
Berlin-Stettin	8 9/10	—	4	103,00 etbzG
Böhm. Westbahn.	5	—	5	73,80 bz
Breslau-Freib.	5	—	4	66,50 bz
Cöln-Minden	5¼	—	4	95,00 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	—	4	14,80 G
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	103,70 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	13,80 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	11,00 bzG
Kaschau-Oderberg	4	—	5	43,40 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	49,10 bzB
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	179,90 bzB
Märk.-Posener	0	—	4	18,30 bz
Magdeb.-Halberst.	8	—	4	105,50 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	5	5	78,60 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,00 G
Oberschl. A. C. D. E.	9 2/3	—	3½	121,70 bz
do. neue (50% Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9 2/3	—	3½	114,60 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	5 2/5	—	4	427,50-9 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	185,00 bzB
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	123 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	37,60 bz
Rechte-O.-U.-B.	6 2/5	6⅓	4	98,50 G
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	32,75 bz
Rheinische	7½	—	4	106,40 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,50 bzB
Rhein-Nahe-Bahn.	0	—	4	9,00 bzG
Rumän. Eisenbahn	1	—	4	24,75 bzG
Schweiz Westbahn	3/5	—	4	16,25 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,80 bzG
Thüringer Lit. A.	9¼	—	4	111,70 bz
Warschau-Wien.	8 2/3	—	4	157,00 B

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	0	—	5	36,25 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	—	5	35,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	5	23,50 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	— —
Märkisch-Posener	3¾	—	5	77,30 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	68,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	99,10 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	85,40 bz
Rechte-O.-U.-B.	6 2/5	—	5	107,25 bzG
Rumänier.	8	—	8	72,50 bzG
Saal-Bahn.	0	—	5	15,50 G
Weimar-Gera.	0	—	5	— —

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	0	2	4	33,50 G
AngloDeutscheBk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	146,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	66,00 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6½	6	4	81,75 G
Braunschw. Bank.	5	3	4	80,10 bzG
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	69,25 B
Bresl. Wechslerb.	5 2/3	5⅓	4	70,00 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	69,90 bz
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	103,25 G
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	107,75 G
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	97,00 G
Deutsche Bank	6	6	4	91,50 bz
do. Reichsbank	6 1/8	6,29	4½	154,60 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	89,40 B
Disc.-Comm.-Anth.	4	—	4	116,75 bz
do. ult.	4	—	4	117,00-17,25
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	87,00 B
do. junge	5½	5½	4	95,00 B
Goth. Grundcredb.	8	8	4	102,25 G
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/9	4	122,25 G
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	100,80 G
Königsb. Ver.-Bnk.	5 1/8	6	4	83,30 G
Ldw.-B. Kwilecki.	5 1/8	—	4	48,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	6 2/3	4	103,25 bzG
Luxemburg. Bank	6	6½	4	97,50 G
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	105,25 B
Meininger do.	2	2	4	73,25 bz
Nordd. Bank	8	8½	4	135,00 G
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	71,50 G
Oberlausitzer Bk.	1 2/3	3	4	89,50 B
Oest. Cred.-Actien	11¼	8⅓	4	388-89½
Posner Prov.-Bank	6½	6½	4	102,10 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	96,10 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,50 G
Sächs. Bank	8	5¾	4	103,60 G
Schl. Bank-Verein	5	5	4	79,50 G
Thüringer Bank.	0	—	4	74,00 G
Weimar. Bank	0	—	4	37,00 bz
Wiener Unionsbk.	11 1/24	3½	4	105,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank.	—	—	fr.	7,50 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	39 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	11,50 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	17,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	13 B
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5 1/8	—	fr.	104,75 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	50,50 bzG

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	620 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	5,25 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	0	—	4	68,75 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	13,25 G
Nordd. Gummifab.	6	4	4	48,00 bzB
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12 4/8	8	4	93,60 bz
Schles. Feuervers.	18	25	4	775 bzG
Donnersmarkhütt.	3	—	4	22,50 G
Dortm. Union	0	—	4	6,00 bzG
Königs- u. Laurah.	2	—	4	73,50 bz
Lauchhammer.	0	—	4	17,80 bz
Marienhütte	6	—	4	52,00 bzG
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte.	0	—	4	2,00 bz
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	— —
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	83,75 B
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90,75 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	30,00 B
Vorwärtshütte.	0		4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	— —
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2 2/3	—	4	45,50 G
do. ver. Oelfabr.	3 1/3	—	4	47,00 G
Erdm. Spinnerei	0	—	4	10,50 G
Görlitz. Eisenb.-B.	1 3/4	—	4	46,00 B
Hoffm's Wag. Fabr.	0	—	4	17,25 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	31,25 bzG
Schl. Leinenind.	5 1/3	—	4	56 G
do. Porzellan	0	1½	4	35,00 G
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(H. T. B.) **Paris**, 27. März, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Renten —, —, Neueste Anleihe de 1872 109, 22, Türken 1865 —, —, Staatsbahn —, Neue Egypter —, —, Banqu. ottom. —, —, Ital. 72, 42, Chemins égyptiens —, —, österr. Goldrente —, ungar. Goldrente —, Spanier —, —, neueste Russen de 1877 83, 62. Besser.

Frankfurt a. M., 27. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 42. Pariser Wechsel 81, 20. Wiener Wechsel 169, 17. Böhmische Westbahn 147¼. Elisabetbahn 140¾. Galizier 205¾. Franzosen*) 213½. Lombarden*) 60¼. Nordwestbahn 92. Silberrente 55⅜. Papierrente 51⅞. Goldrente 61⅞. Ungar. Goldrente 74⅜. Italiener —. Russische Bodencredit 74. Russen 1872 —. Neue russische Anleihe 82. Amerikaner 1885 99⅝. 1860er Loose 104¾. 1864er Loose 247, —. Creditactien*) 194 Oesterr. Nationalbank 674, —. Darmst. Bank 107⅝. Meininger Bank 73⅞. Hessische Ludwigsbahn 78¼. Ungar. Staatsloose 147, 80. do. Schatzanweisungen, alte, 100¼. do. Schatzanweisungen, neue, 93¼. do. Ostbahn-Obligationen 61¾. Central-Pacific —. Reichsbank 154¼. Silbercoupon —. Rudolfsbahnactien —. Deutsche Reichsanleihe 96½. — Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 194⅞, Franzosen 213⅝, Galizier 206, 1860er Loose —, Goldrente —, —, ungar. Goldrente —, neueste Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 27. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115¼, Silberrente 55¼, Goldrente 61¾, Credit-Actien 192¾, 1860er Loose 104¾, Franzosen 533½, Lombarden 152, Italien. Rente 72½, Neueste Russen 82½, Vereinsb. 121¾, Laurahütte 72½, Commerzbank 98, Norddeutsche 135, Anglo-deutsche 31, Intern. Bank 73½, Amerikaner de 1885 94⅜, Köln-Minden. St.-A. 95, Rhein. Eisenb. do. 106¼, Berg.-Märk. do. 74¾, Disconto 2¼ pCt. — Matt.

Hamburg, 27. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco fest, auf Termine ruhig. — Weizen pr. April-Mai 212 Br., 211 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 215 Br., 214 Gd. Roggen per April-Mai 154 Br., 153 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 149½ Br., 148½ Gd. Hafer ruhig. Gerste flau. Rüböl still, loco 71, per Mai per 200 Pfd. 71. — Spiritus matt, pr. März 43¼, per April-Mai 43½, pr. Mai-Juni 44, pr. Juni-Juli pr. 1000 Liter 100% 44½. Kaffee sehr ruhig, Umsatz 1500 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 10, 80 Br., 10, 60 Gd., per März 10, 60 Gd., pr. August-December 11, 90 Gd. — Wetter: Stürmisch.

Liverpool, 27. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 7000 Ballen, davon 3000 B. amerikanische, 4000 B. ostindische.

Liverpool, 27. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikanische und indische 1/16 niedriger.

Pest, 27. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco —, Termine fest, per Frühjahr 10, 90 Gd., 10, 95 Br. Hafer per Frühjahr 6, 45 Gd., 6, 50 Br. Mais, Banat, per Herbst 7, 30 Gd., 7, 35 Br.

Paris, 27. März, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, pr. März 32, 25, per April 32, 25, per Mai-Juni 32, 25, per Mai-August 32, 25. — Mehl fest, per März 67, 50, pr. April 67, 50, pr. Mai-Juni 67, 75, per Mai-Aug. 67, 50. — Rüböl weichend, per März 92, 75, per April 92, 75, per Mai-August 93, 00, per September-Decbr. 91, 25, Spiritus ruhig, per März 61, 00, per Mai-August 61, 50. — Wetter: Bedeckter Himmel.

Paris, 27. März, Nachm. Rohzucker matt, Nr. 10/13 pr. März pr. 100 Kilogr. 58, 00, Nr. 5 7/9 pr. März per 100 Kilogr. 64, 00. Weißer Zucker matt, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. März 67, 50, pr. April 67, 75, per Mai-August 67, 75.

London, 27. März. Havannazucker matt.

Antwerpen, 27. März, Nachmittags 4 Uhr 30 M. [Getreidemarkt.] Geschäftslos.

Antwerpen, 27. März, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 27⅛ bez. und Br., per März 27½ Br., per April 27½ Br., per September 29 Br., per September-December 29½ bez. u. Br. Matt.

Bremen, 27. März, Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white, loco 10, 60, per April 10,65, pr. Mai-Juni 10, 75, pr. August-December 11, 75.

Hamburg, 27. März. [Spiritus-Notiz.] März 43 Gld., April-Mai 43¾ Br., 43½ Gld., Mai-Juni 44 Gld., Juni-Juli 44¾ Br., 44¼ Gld., Juli-August 45½ Br., 45 Geld.

Berlin, 27. März. [Producten-Bericht.] Nach ziemlich scharfem Nachtfrost ist das Wetter heute freundlich. Der Verkehr in Roggen war nicht sonderlich rege und die schwach vertretene Kauflust für Termine wurde von dem Angebot bald überflügelt, so daß die Preise zum Rückschritt genöthigt wurden. Auch loco ließen sich Verkäufe nur unter einigem Entgegenkommen der Eigner bewirken. — Roggenmehl matter. — Weizen sehr still, eher matt. Preise kaum verändert. — Hafer loco fester gehalten, Termine stellten sich in Folge von Deckungskäufen etwas höher. — Rüböl sehr ruhig. Preise hatten Mühe sich zu behaupten. — Petroleum vernachlässigt. — Spiritus ohne wesentliche Aenderung und in äußerst beschränktem Verkehr.

Weizen loco 180—225 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer — M. ab Bahn bez., gelber russischer 203—206 M., ordinär. russ. — M. ab Bahn bez., per April-Mai 206½ Mark bez., per Mai-Juni 208½ M. bez., per Juni-Juli 211 M., bez., per Juli-August 211½ M. bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggen loco 137 bis 150 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feuchter russ. — Mark bez., russ. 137—142 M. bez., feiner russischer — Mark bez., inländischer 142 bis 147 M., weißer inländischer — M. ab Bahn bez., per Frühjahr 150½ bis 149½ M. bez., per Mai-Juni 147½—146 Mark bez., per Juni-Juli 147½—146 Mark bez., per Juli-August — M. bez. Gek. 1000 Centner. Kündigungspreis 149 M. — Gerste loco 125 bis 200 M. nach Qualität gefordert. — Mais per 1000 Kilo loco alter 134 bis 144 M. nach Qualität bez., rumänischer und bessarabischer 134—140 M., defect. — M. ab Bahn bez. — Hafer loco 90 bis 165 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 120—143 M. bez., russischer 110—143 Mark bez., pommerscher 130—141 M. bez., schlesischer 130—143 M. bez., böhmischer 130 bis 143 M. bez., feiner weißer russischer 146—151 Mark ab Bahn bez., per Frühjahr 139½ M. bez., per Mai-Juni 141 M. bez., per Juni-Juli 144 Mark bez. Gekünd. — Ctr. Kündigungspreis — Mark. Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per März 19,95 M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 20,05—19,95 Mark bez., per Mai-Juni 20,20—20,15 Mark bez., per Juni-Juli 20,35—20,30 Mark bez., per Juli-August 20,45—20,40 Mark bez. Gekündigt 500 Centner. Kündigungspreis 19,95 Mark — Oelsaaten: Raps 310 bis 330 Mark bez., Rübsen 310—325 M. bez. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 67,8 M. bez., mit Faß — M. bez., per März 68 M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 68—67,8 M. bez., per Mai-Juni 68—67,9 Mark bez., per Juni-Juli 67,5—67,4 Mark bez., per Juli-August — Mark bez., per September-October 66,3—66,2 M. bez. Gekünd. 200 Ctr. Kündigungspreis 68 Mark. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 24,4 Mark bez., per März 24 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai — M. bez., per Mai-Juni — Mark bez., September-October 25,3 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 52 Mark bez., per März 51,6 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 51,6 M. bez., per Mai-Juni 52 M. bez., per Juni-Juli 53 M. bez., per Juli-August 54 Mark bez., per August-September 54,7—54,6 Mark bez. Gek. — Liter. Kündigungspreis — M.

\# **Breslau**, 28. März, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide ruhig, bei stärkeren Zufuhren Preise fast unverändert.

Weizen, nur feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,90 bis 19,40—20,80 Mark, gelber 17,60—18,60 bis 20,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen bei stärkerem Angebot ruhig, pr. 100 Kilogr. 12,60—13,70 bis 14,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. neue 13,30—14,50 Mark, weiße 15,40—16,40 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10—12,30—13,00 bis 13,50 Mark.

Mais schwach behauptet, pr. 100 Kilogr. 10,80—11,80—12,80 Mark.

Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen matter, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,40—10,60—11,50 Mark, blaue 9,10—10,10—10,50 Mark.

Wicken vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,40—12,40 Mark.

Oelsaaten sehr fest.

Schlaglein ohne Aenderung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	80	25	—	22	—
Winterraps	31	25	29	50	28	50
Winterrübsen	30	—	29	—	27	—
Sommerrübsen	28	25	26	50	25	—
Leindotter	24	50	23	50	21	50

Rapskuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 7,40—7,60 Mark.

Leinkuchen gut gefragt, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother matt, pr. 50 Kilogr. 32—42—47 bis 52 Mark, — weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 17—19,50—21,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 28,00—29,00 Mark, Roggen fein 21,25—22,25 Mark, Hausbacken 19,75—20,75 Mark, Roggen-Futtermehl 9,50—10,25 Mark, Weizenkleie 8,00—8,75 Mark.

Heu 2,50—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Rotterdam, 27. März. [Die heutige Auction der Niederländischen Handelsgesellschaft] über 95,358 B. Java- und Palembang-Kaffee ist, wie folgt, abgelaufen. Es wurden angeboten:

Ballen.	Zusammenstellung.	Taxe.		Ablauf.	
1939	Java Preanger braun	70	à 78	74	à 80½
980	„ „ gelb	69	à 72	71½	à 73½
11057	„ „ gelbl.	57½	à 61	56½	à 61¼
7558	„ blank	50	à 55	47½	à 54½
75	„ Westind. Bereitung	—	—	—	—
2000	„ Bezökie Westind. Art	50½	—	50½	à 50¾
2972	„ Tagal gut grün	50	à 51	50	à 50½
10855	„ Solo grünlich	48	à 48½	46½	à 47½
14416	„ blaß	47	à 49½	47	à 49¾
13321	„ blaß grünlich	48	à 48½	46	à 50
12806	„ Passaroean grün	49	à 50½	48¾	à 50
9059	„ „ blaß	45	à 50	44¼	à 51¼
785	„ Palembang hell blaß	53	—	—	—
2708	„ Java ordinär und Triage	20	à 30	20½	à 28
4827	Beschädigte und Diverse	—	—	—	—
95358 Ballen.					

Alles verkauft.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 27. 28.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	+ 3°,1	+ 0°,1	— 0°,1
Luftdruck bei 0°	331''',69	330''',80	329''',34
Dunstdruck	1''',48	1''',72	1''',59
Dunstsättigung	56 pCt.	86 pCt.	80 pCt.
Wind	N. 1.	S. 1.	SO. 1.
Wetter	wolkig.	heiter.	heiter.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 27. März. Ignatieff war Nachmittags beim deutschen Botschafter und dinirte sodann bei dem russischen Botschafter.

Versailles, 27. März. Die Budgetcommission beschloß die vom Senate wiederhergestellten Credite einfach zu streichen. Gambetta und Floquet beabsichtigen, eine Interpellation über die Haltung des Senats in der Budgetangelegenheit einzubringen und eine Tagesordnung zu beantragen, worin erklärt wird, daß der Senat, da ihm bei der Discussion der Budgetvorlage eine Initiative nicht zustehe, auch nicht das Recht habe, von der Kammer abgelehnte Credite wiederherzustellen.

Rom, 27. März. Die Deputirtenkammer hat heute an Stelle Cairoli's den Deputirten Farini mit 174 Stimmen zu ihrem Präsidenten gewählt. Die Wahl der beiden Vice-Präsidenten findet morgen statt.

Rom, 27. März. Der Papst empfing heute den sein Beglaubigungsschreiben überreichenden baierischen Gesandten Paumgarten. — Die Kammer setzte die Berathung des Handelsvertrages mit Frankreich fort.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Taschkent, 26. März. Im Khanat Khokand wird ein Lager für 200,000 Mann vorbereitet. General Kaufmann übernimmt den interimistischen Oberbefehl.

Vermischtes.

[Wieder eine Stigmatisirte.] Seit einiger Zeit hält sich in Rheinbreitbach ein zwanzigjähriges Mädchen bei seinem Oheim, dem Müller Weiler, auf; dasselbe ist aus der Umgegend von Lutzerath zu Hause. Schon wochenlang hat die Jungfrau sogenannte „Leidensstunden"; während dieser Zeit sieht sie die Mutter Gottes in ihrer Nähe, unterhält sich mit ihr und ist von ihr schon auf weitere Leiden vorbereitet worden, welche in der Fastenzeit eintreten würden. Einige Tage vor Aschermittwoch zeigten sich an Händen und Füßen rothe Flecken, eben so in der linken Seite. Die hellsehenden Zufälle wurden anhaltender; alte und junge Weiber, so wie abgelebte Greise begannen schon die Wallfahrt zu der Begnadigten. Der Oheim des Mädchens, statt dieser Sache entgegen zu treten, begünstigt die Wallfahrten und erwartet noch wunderbare Erscheinungen. Der Geistliche des Ortes, Gillissen, soll schon gegen den Mann aufgetreten sein, aber die Partei der Begnadigten im Dorfe ist schon zu groß, als daß der vernünftige Mann etwas ausrichten könnte. Verflossenen Freitag sind allein 500 Personen zu der sonst so stillen Mühle, in welcher das Mädchen liegt, gepilgert. Einem in der „Bonner Ztg." enthaltenen, aus Honnef, 16. März, datirten Bericht entnehmen wir folgende Stelle: „In einer engen, furchtbar heißen Stube saß unter den Angehörigen des Müllers das Mädchen. Es macht den Eindruck einer an Scropheln Leidenden, hat sonst eine vollständig gesunde Gesichtsfarbe und ist keineswegs schön. Die Mattigkeit war nicht groß; das achttägige Fasten (es soll seit Aschermittwoch nichts gegessen haben) hatte ihm noch wenig gethan. Es hatte an den Händen wirklich zwei blutrünstige Stellen, aber nur auf der obern Fläche; mir schienen die Hände angeschwollen, auch behauptete das Mädchen, Schmerzen zu haben. Auf meine Frage, ob ihr die Mutter Gottes im Traum erschienen, wurde sie sehr verlegen; ich mußte aber hören, daß Oheim und Tante gleich sagten: „Das ist kein Traum, das ist keine Phantasie, sondern das sind übernatürliche Kräfte." Auf meine Frage, warum man keinen Arzt zu Rathe ziehe, antwortete mir der Mann: „Was soll ein Arzt hier machen, es waltet eine göttliche Vorsehung, es ist alles so gekommen, wie die Mutter Gottes gesagt." Der kluge Oheim, welcher sonst im Orte gelobt wird, gehört zu einer Klasse Menschen, die wir auf unsern Dörfern öfter finden. Nach seinen Reden scheint er mir derjenige zu sein, welcher mit dem Mädchen zusammen dem Wunder die Wege ebnet und zu verhüten sucht, daß Unberufene nicht alles verderben. Er äußerte noch, daß er „kein Geschäft" damit machen wolle. Eines Commentars bedarf das neue „fromme" Gaukelstück jedenfalls nicht."

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.